

Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Im Anschluß an die Beratungen über den Voranschlag 1994 wurde dem Wiener Gemeinderat ein Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1994 bis 1998 vorgelegt.

Im Jahre 1993 war die zweite Etappe der großen, im Jahre 1988 eingeleiteten Steuerreform vorzubereiten und nach langen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Ihr wesentlichster Inhalt kann grob in drei Blöcke gegliedert werden:

1. Maßnahmen mit Auswirkungen auf die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, in erster Linie die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, die Senkung des Steuersatzes bei der Kapitalertragsteuer I und die Anhebung der Bagatellgrenze bei der Umsatzsteuer.
2. Maßnahmen bei ausschließlichen Bundesabgaben, wie beispielsweise die Abschaffung der Vermögensteuer, des Erbschaftssteueräquivalents und der Bundesgewerbsteuer. Die Ausfälle aus diesen Abgaben sollen vor allem durch die Anhebung des Körperschaftssteuersatzes und der Versicherungssteuer wieder ausgeglichen werden – zumindest teilweise.
3. Maßnahmen bei ausschließlichen Gemeindeabgaben: Abschaffung der Gewerbesteuer gegen Einführung einer neuen Kommunalsteuer in Form einer erweiterten Lohnsummensteuer.

Zwei Materien wurden aus dem Paket des „Steuerreformgesetzes 1993“ ausgegliedert und in eigenen Gesetzen behandelt, nämlich im Kommunalsteuergesetz 1993 und im Kreditsteuergesetz 1993.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen kommen für die Länder in den ersten beiden kommenden Jahren de facto nur die Lohnsteuerausfälle zum Tragen, die Mehrerträge aus der Einkommensteuer erreichen erst 1996 eine fühlbare Größenordnung. Für die Gemeinden gilt ähnliches, nur kommt noch der Abtausch von Gewerbesteuer gegen Kommunalsteuer hinzu, allerdings mit von Gemeinde zu Gemeinde sehr stark differierenden Ergebnissen.

Die im Zusammenhang mit der Steuerreform 1994 stehenden Gesetze werden mit 1. Jänner 1994 in Kraft treten.

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG im Zusammenhang mit dem Bundespflegegeldgesetz wurde zum Abschluß gebracht.

Die laufenden Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern betreffend eine Kostenregelung und die Aufteilung der „de facto-Flüchtlinge“ aus Bosnien waren weiterzuführen, da sich neuerliche Problemstellungen – etwa im Zusammenhang mit den Transportkosten für Flüchtlingskinder – ergaben.

Vertreter der Abteilung wirkten in den diversen Arbeitskreisen der Arbeitsgruppe „Gesundheitspolitik in der Ostregion“ sowie in der Schulraumkommission und im Arbeitskreis „Parkraumbewirtschaftung“ mit. Gerade im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung waren 1993 im Verhandlungswege die Voraussetzungen für die Schaffung einer „Wiener Stadtpolizei“ herzustellen, die für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zum Einsatz kommen wird. Auch in einer Arbeitsgruppe zur Lösung der durch das Bundespflegegeldgesetz und das Wiener Pflegegeldgesetz entstandenen Vollzugsprobleme wirken Vertreter der Abteilung mit, ebenso wie in der vom Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz eingerichteten Arbeitsgruppe für die finanzielle Absicherung der Rettungsdienste.

Im Bereich der Revisionsstelle der Abteilung wurden im Jahre 1993 insgesamt rund 26.200 Abgabenprüfungen durchgeführt. Der fiskalische Erfolg dieser Überprüfungen beträgt insgesamt rund 103 Millionen Schilling.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Stadt Wien mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (U-Bahn-Hilfsaktion) wurden diverse Ansuchen von Gewerbetreibenden, die sich durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedroht sahen, überprüft und entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Im Zuge der Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in Wien wurden von den Bediensteten der Abteilung im Jahr 1993 insgesamt rund 645.000 Organstrafverfügungen ausgestellt. In insgesamt rund 11.000 Fällen mußte Anzeige erstattet werden. Es waren rund 133.000 Strafverfahren zu führen. Im Zusammenhang mit der Gebrauchsabgabe wurden 1993 rund 11.000 Strafverfahren auf Grund von Anzeigen wegen auf öffentlichem Grund ohne Kennzeichen abgestellten Fahrzeugen durchgeführt, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um mehr als 100 Prozent entspricht.

Der gesamte durch Abstriche und Verhandlungen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung, der Prüfung von Zusatzkostenvoranschlägen, der Angebotsprüfung und der Leistungsfeststellung erzielte Erfolg des Referates 3 betrug 1993 rund 1.600 Millionen Schilling.

Mit Landesgesetz, LGBl. für Wien Nr. 34/1993, wurde das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1973 dahingehend abgeändert, daß Befreiungen jedenfalls für nach landesgesetzlichen Vorschriften über die Förderung des Wohnbaues geförderte Baulichkeiten erfolgen. Der Begriff „Wohnung“ wurde neu definiert.

Mit Landesgesetz, LGBl. für Wien Nr. 35/1993, wurde das Gebrauchsabgabengesetz 1966 geändert. Inhalt der Änderung war die Erhöhung der Gebrauchsabgabe für Schanigärten.

Bereits beschlossen, aber noch nicht verlautbart wurde das Gesetz, mit dem die Wiener Abgabenordnung und das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe geändert werden. Hier erfolgten eine Adaptierung der Wiener Abgabenordnung für die Vollziehung der Kommunalsteuer, eine Anpassung der Bestimmungen über Betriebsstätten und Zweigniederlassungen, Stundungen und Aussetzungen an die Bestimmungen der Bundesabgabenordnung, sowie eine Anpassung der Zahlungs- und Erklärungsstermine der Dienstgeberabgabe an die neue Kommunalsteuer.

Mit Verordnung des Wiener Gemeinderates, Amtsblatt für Wien Nr. 52/1993, wurde die Kanalgebührenordnung 1988 dahingehend abgeändert, daß eine Neufestsetzung der Pauschalermäßigungen für Kleingärten in der Form erfolgte, daß 50 Prozent der bezogenen Wassermengen als Gießmenge bei der Festsetzung der Abwassergebühren berücksichtigt werden.

Mit Verordnung LGBl. für Wien Nr. 67/1993 wurde die Umweltabgabenordnung 1990 an die dargestellte Änderung der Kanalgebührenordnung angeglichen.

Mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 32/1993 wurde die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe im Zusammenhang mit dem „Parkpickerl“ im 1. Bezirk geregelt.

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 13. Oktober 1993, G 4/93-8, wurde eine die wechselseitige Haftungspflicht des Medieninhabers (Verlegers) und des Herausgebers eines Medienwerkes bei Abgabepflicht des jeweils anderen regelnde Wortfolge im Wiener Anzeigenabgabengesetz 1983 aufgehoben.

Mit dem vom Wiener Landtag am 19. November 1993 beschlossenen Gesetz, mit dem das Wiener Anzeigenabgabengesetz 1983 geändert wird, wurden die Bestimmungen über die Bemessungsgrundlage neu gefaßt.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Wichtige Veränderungen sind in der Gesetzgebung, wie folgt, eingesetzt: Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, der Umwelt, der Altlastensanierung und zum Schutz der Umwelt im Ausland (Umweltförderungsgesetz), BGBl. Nr. 185/1993.

Stadthaushalt

Die Erstellung des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1993 erfolgte auf Grund des § 86 Wiener Stadtverfassung und der Haushaltsordnung (MD-2349-1/85, MD-1624-1/87 und MD-1588-1/89). Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 23. bis 25. November 1992 genehmigt. Bei der Schätzung der Einnahmen wurden das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres und ein vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziertes reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 Prozent berücksichtigt. Die Einnahmen an eigenen Steuern und Abgaben sollten voraussichtlich 16.106 Millionen Schilling (d. s. um 950 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag 1992 präliminiert) erbringen. Bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben wurde mit einer Steigerung gegenüber dem Ansatz des Vorjahres um 4.620 auf 31.670 Millionen Schilling gerechnet. Die Einnahmen aus Leistungen wurden mit 13.005 Millionen Schilling angenommen.

Die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

	Schilling	Anteil in Prozent
Eigene Steuern und Abgaben.....	16.105.668.000	15,0
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.....	31.670.000.000	29,6
Einnahmen aus Leistungen	13.004.595.000	12,1
Beiträge des Bundes für den Lehrerpersonalaufwand	5.551.900.000	5,2
Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse	6.774.810.000	6,3
Eigene Fremdmittelaufnahmen	2.481.370.000	2,3
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	725.502.000	0,7
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	2.684.989.000	2,5
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	1.668.080.000	1,6
Sonstige Einnahmen	26.498.831.000	24,7
Gesamtsumme	107.165.745.000	100,0

Der Anteil der eigenen Steuern und Abgaben an den Gesamteinnahmen sank gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent auf 15,0 Prozent. Es entfielen im einzelnen auf Landes- und Gemeindeabgaben 11.219,677.000 Schilling, auf Wassergebühren 1.742,291.000, auf Abwassergebühren 1.423,000.000, auf die Müllabfuhrabgabe 1.715,000.000, auf Zuschläge zu den Wettgebühren 5,700.000.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteiles an der Spielbankabgabe stiegen, wie bereits erwähnt, um 4.620 Millionen Schilling auf 31.670 Millionen Schilling. Die Einnahmen aus Leistungen stiegen um 166 Millionen Schilling auf 13.005 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen sank jedoch um 1,2 Prozent auf 12,1 Prozent. Im einzelnen entfielen auf Gebührenersätze der Krankenanstalten und Pflegeheime 8.119 Millionen Schilling, auf Leistungserlöse der Kindertagesheime 216, auf Leistungserlöse der Heime für Kinder und Jugendliche 101, auf Leistungserlöse der Friedhöfe 362, auf Leistungserlöse der Elektronischen Datenverarbeitung 548, auf Leistungserlöse der Müllbeseitigung 784, auf Leistungserlöse der Zentralwäscherei 74, auf Leistungserlöse der Bäder 134, auf sonstige Leistungserlöse 343, auf Nebenerlöse 215, auf Gebühren für sonstige Verwaltungsleistungen 90, auf Kostenersätze im Pflegekinderwesen 74, auf Kostenersätze im Rahmen der Sozialhilfe und der Betreuung zu Hause 518, auf Kostenersätze im Rahmen der Pflegeheime und Krankenanstalten 871, auf Kostenersätze des Bundes für Leistungen im Rahmen des Bundesstraßenbaues 65, auf Kostenersätze im zentralen Einkauf 34 und auf sonstige Ersätze 457 Millionen Schilling.

Die Beiträge des Bundes für den Lehrpersonalaufwand stiegen nominell um 487 Millionen Schilling, ihr Anteil sank geringfügig gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozent auf 5,2 Prozent.

Die Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse (ohne Zweckzuschuß gemäß dem Bundes-KAG) stiegen von 6.264 Millionen Schilling im Jahre 1992 auf 6.775 Millionen Schilling. Davon entfielen auf Zweckzuschüsse Wohnbauförderung und Wohnhaussanierung 6.155 Millionen Schilling (Vorjahr 5.730 Millionen Schilling).

Der prozentuelle Anteil der eigenen Fremdmittelaufnahmen stieg im Vergleich mit dem Vorjahr um 0,1 Prozent auf 2,3 Prozent. Einerseits ergaben sich Mindereinnahmen bei den Darlehen für Wohnhaussanierung (- 139 Millionen Schilling), andererseits Mehreinnahmen bei der Finanzierung des eigenen Wohnhausbaues bzw. der Wohnhaussanierung durch Landesdarlehen (+ 138 Millionen Schilling) sowie bei den Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser (+ 197 Millionen Schilling).

An Fremdmittelaufnahmen waren ein Gesamtbetrag von 2.481 Millionen Schilling vorgesehen, und zwar Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung mit 20 Millionen Schilling, Wohnbauförderung-Landesdarlehen mit 401 Millionen Schilling, Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds mit 357 Millionen Schilling, Darlehen für Wohnhaussanierung mit 429 Millionen Schilling, für die Landesdarlehen-Wohnhaussanierung mit 678 Millionen Schilling, Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser mit 413 Millionen Schilling und Darlehen für den Wohnbau 183 Millionen Schilling.

Bei den Fremdmittelaufnahmen für Dritte war durch einen wesentlich niedrigeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke ein Absinken um 902 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen sank von 1,7 Prozent auf 0,7 Prozent. Veranschlagt wurde die Aufnahme von Darlehen für die Elektrizitäts- und Gaswerke in der Höhe von 607 Millionen Schilling sowie von weiterzugebenden Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG in Höhe von 119 Millionen Schilling.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung enthält die Weiterverrechnung der von der Finanzverwaltung für andere Dienststellen aufgenommenen Darlehen und die Beiträge zum Schuldendienst. Der Anteil an den Gesamteinnahmen blieb gegenüber dem Vorjahr mit 2,5 Prozent gleich. Weiterverrechnet wurden Darlehen im Gesamtbetrag von 1.382 Millionen Schilling, davon die Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds mit 357 Millionen Schilling, die Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser mit 413 Millionen Schilling, Darlehen für den Wohnbau mit 183 Millionen Schilling sowie die Darlehen für die Wohnhaussanierung mit 429 Millionen Schilling. Die Beiträge zum Schuldendienst wurden mit 1.303 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst sanken gegenüber dem Vorjahr um 133 Millionen Schilling auf 1.668 Millionen Schilling. Davon entfielen auf Beiträge zum Schuldendienst von Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG 87 Millionen Schilling und auf Beiträge der Wiener Stadtwerke zur Tilgung und Verzinsung von Anleihen und Darlehen 1.581 Millionen Schilling.

Bei den sonstigen Einnahmen war sowohl ein anteilmäßiges (+ 2,0 %) als auch ein nominelles (+ 4.594 Millionen Schilling) Ansteigen zu verzeichnen. Dies ist mit 4.161 Millionen Schilling infolge Verlängerung der KRAZAF-Regelungen auf diesen Zweckzuschüssen, mit 716 Millionen Schilling aus dem Verkauf von Anteilen aus Beteiligungen, mit 101 Millionen Schilling aus Zuschüssen aus dem Altlastensanierungsgesetz, mit 476 Millionen Schilling auf höhere Einnahmen bei der Vermietung und Verpachtung, mit 340 Millionen Schilling auf die Abgeltung des klinischen Mehraufwandes, mit 76 Millionen Schilling auf die Tilgung und Verzinsung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues und mit 147 Millionen Schilling auf den Verkauf von Wertpapieren zurückzuführen.

Mindereinnahmen ergaben sich hingegen hauptsächlich bei der Umsatzsteuer-Gutschrift und beim nicht mehr präliminierten Zweckzuschuß nach dem KAG infolge der bereits erwähnten weiteren Verlängerung der KRAZAF-Regelung.

In der Gesamtsumme waren folgende größere Beträge enthalten:

	Millionen Schilling
Veräußerung von Erzeugnissen	92
Grundverkauf und -tausch	190
Verlosung und Verkauf von Wertpapieren	147
Verzinsung Wertpapiere	287
Einnahmen aus der Verzinsung von Darlehen	374
Zinsen	365
Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	6.655
Klinischer Mehraufwand – Beitrag des Bundes	1.250
Zuschüsse aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.....	4.161
Pensionsbeiträge der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe	886
Verwaltungsstrafen	292
Pensionsbeiträge (einschließlich Landeslehrer).....	1.381
Hochwasserschutz, Beitrag des Bundes	200
Beitrag des Bundes für die Linien U 3 und U 6	2.610
Zuschüsse aus dem Altlastensanierungsgesetz	101
Umsatzsteuer – Gutschrift.....	1.672
Entnahme aus Sonderrücklagen.....	2.162
Einnahmen aus der Tilgung und Verzinsung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues	990
Leistungen des Bundes nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen	195
Abgabenstrafen.....	128
Verkauf von Anteilen an Beteiligungen	716
Verschiedene Einnahmen	1.645

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Schilling	Anteile in Prozent
Leistungen für das Personal	27.195,624.000	23,8
Pensionen und sonstige Ruhebezüge.....	7.439,516.000	6,5
Instandhaltungsaufwand	5.444,415.000	4,8
Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung	7.925,016.000	6,9
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	725,502.000	0,6
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	2.684,989.000	2,3
Eigener Schuldendienst	6.047,859.000	5,3
Schuldendienst für Dritte	1,668,080.000	1,5
Investitionen, Investitionsbeiträge und sonstige Kapitaltransfers	17.147,331.000	15,0
Sonstige Ausgaben	38.129,098.000	33,3
Gesamtsumme.....	114.407,430.000	100,0

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge an den Gesamtausgaben sank trotz eines nominellen Anstieges um 2.879 Millionen Schilling gegenüber dem Jahr 1992 um 0,1 Prozent auf 30,3 Prozent.

Der Dienstpostenplan einschließlich Landeslehrer wurde von 65.658 um 200 auf 65.858 Bedienstete erhöht. Die Anzahl der Pensionisten einschließlich Landeslehrer wurde mit 23.485 angenommen.

Der Instandhaltungsaufwand stieg nominell um 805 auf 5.444 Millionen Schilling, anteilmäßig stieg er gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent.

Auf die einzelnen Instandhaltungsposten entfielen folgende Beträge:

Post:	Millionen Schilling
610 Instandhaltung von Grund und Boden	33
611 Instandhaltung von Straßenbauten	54
612 Instandhaltung von Wasser- und Kanalisationsbauten	603
613 Instandhaltung von sonstigen Grundstückseinrichtungen.....	13
614 Instandhaltung von Gebäuden.....	3.656
616 Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen.....	117
617 Instandhaltung von Fahrzeugen	61
618 Instandhaltung von sonstigen Anlagen	604
619 Instandhaltung von Sonderanlagen	303

Die Aufwendungen im Rahmen der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung stiegen anteilmäßig um 0,3 Prozent bzw. nominell um 987 Millionen Schilling auf 7.925 Millionen Schilling. Vorgesehen waren für Wohnbau-Sonderprogramme 1.777 Millionen Schilling, für Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 3.674 Millionen Schilling, für Förderung der Wohnhaussanierung 2.063 Millionen Schilling, für Förderung der Althaussanierung und der Stadterneuerung 21 Millionen Schilling und für Förderung nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen 390 Millionen Schilling.

Die Weitergabe von Fremdmitteln für Dritte sowie die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung wurde in gleicher Höhe wie die entsprechenden Einnahmen veranschlagt.

Für den eigenen Schuldendienst waren 6.048 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um 933 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Ein Hauptgrund für diesen starken Anstieg ist das Tilgungserfordernis für endfällige Anleihen im Jahre 1993 in Höhe von 2.400 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben stieg von 4,9 Prozent auf 5,3 Prozent. Für Tilgungen waren insgesamt 4.578 Millionen Schilling (gegenüber 3.485 Millionen Schilling für 1992) und für die Verzinsung 1.470 Millionen Schilling (Vorjahr: 1.630 Millionen Schilling) vorgesehen.

Der Schuldendienst für Dritte, der zur Gänze ersetzt wird, sank um 133 Millionen Schilling geringfügig auf 1.668 Millionen Schilling (Vorjahr: 1.801 Millionen Schilling) und anteilmäßig um 0,2 Prozent auf 1,5 Prozent. Es entfielen auf Fremdmittel der Wiener Stadtwerke 1.581 Millionen Schilling und auf Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG 87 Millionen Schilling.

Auf Grund der Vermögensübertragung des U-Bahn-Baues an die Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe per 1. Jänner 1993 stellt sich die Finanzierung des U-Bahn-Baues nunmehr in Form einer Kapitalaufstockung bzw. der Weitergabe des Bundesbeitrages als Kapitaltransfer dar. Solchermaßen sind daher Sachinvestitionen, Investitionsbeiträge und Kapitaltransfers gemeinsam zu betrachten.

Der Anteil der Investitionen, Investitionsbeiträge und Kapitaltransfers sank zwar im Vergleich mit dem Vorjahr von 15,7 Prozent auf 15,0 Prozent, doch konnte mit einer bereitgestellten Summe von 17.147 Millionen Schilling sogar der hohe Investitionsrahmen des Vorjahres noch um rund 764 Millionen Schilling überschritten werden. Im Detail entfielen auf Investitionen 10.146 Millionen Schilling, auf Kapitaltransferzahlungen 3.444 Millionen Schilling und auf Kapitalzufuhr an die Wiener Stadtwerke 3.557 Millionen Schilling.

Die sonstigen Ausgaben stiegen nominell um 4.341 Millionen Schilling und erreichten 38.129 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben betrug 33,3 Prozent (Vorjahr 32,4 Prozent). Dieser Anstieg war hauptsächlich auf höhere Leistungsentgelte mit 1.260 Millionen Schilling, auf den Mehrbedarf bei den Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge mit 619 Millionen Schilling, auf den Anstieg der Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe und Betreuung zu Hause mit 501 Millionen Schilling, auf einen höheren Bedarf für die Förderung von Kultur, Wissenschaft und Fremdenverkehr mit 109 Millionen Schilling, auf Mehraufwendungen für Mieten mit 150 Millionen Schilling und für öffentliche Abgaben mit 252 Millionen Schilling, auf den nunmehr wieder veranschlagten Beitrag an den KRAZAF mit 342 Millionen Schilling und auf einen höheren Betriebskostenzuschuß an die Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe (einschließlich Instandhaltung der U-Bahn-Anlagen mit netto 359 Millionen Schilling) von 3.213 Millionen Schilling zurückzuführen.

In der Gesamtsumme waren folgende größere Posten enthalten:

	Millionen Schilling
Beteiligungen und Wertpapiere	17
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und verschiedene Verbrauchsgüter	851
Lebensmittel	569
Brennstoffe und Wärme	705
Druckwerke bzw. Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	226
Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge.....	4.251
Gas und Strom	827
Transporte	464
Mietzinse	754
Öffentliche Abgaben (einschließlich USt)	1.788
Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen, Firmen und juristischen Personen	6.850
AKH-Sonderausgaben der Kliniken	220
Pflegegebührenüberrechnung St. Anna-Kinderspital	328
Verstärkungsmittel	1.000
Beitrag an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	342
Beitrag an den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	46
Leistungen an fremde Krankenanstalten	313
Betriebskostenzuschuß Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe.....	3.213
Pensionslasten der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe	2.062

Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung	63
Sportförderung.....	68
Förderung von Kultur, Wissenschaft und Fremdenverkehr	1.328
Sonstige Subventionen und Beiträge.....	497
Beiträge im Rahmen der Sozialhilfe.....	3.700
Betreuung zu Hause	2.397
Bezirksvoranschläge	1.066
Abgänge aus Vorjahren	1.515
Verschiedene Ausgaben	2.669

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 28. bis 30. Juni 1993 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1992 ergab bei Gesamteinnahmen von 114.455 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 116.836 Millionen Schilling einen Abgang von 2.381 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1992 ausgewiesene Abgang von 8.259 Millionen Schilling um 5.878 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges wurden 800 Millionen Schilling auf Rechnung des Jahres 1993 und der restliche Fehlbetrag von 1.581 Millionen Schilling auf Rechnung des Jahres 1994 vorgetragen.

Der Voranschlag 1994 rechnet bei Gesamteinnahmen von 118.175 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 130.062 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 11.887 Millionen Schilling, d. s. 9,1 Prozent der Gesamtausgaben. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

Bezirksbudget

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, standen den Bezirken im Verwaltungsjahr 1993 rund 1.062 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar rund 416 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Gewerbesteuer, 501 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Lohnsummensteuer und 145 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Dienstgeberabgabe.

Auf Vorschlag der zuständigen Dienststellen und auf Grund der von den Bezirken gesetzten Prioritäten wurden für konkrete Vorhaben in Summe rund 1.033 Millionen Schilling in die Bezirksvoranschläge 1993 aufgenommen. Der rechnerische Restbetrag von 29 Millionen Schilling wurde als Bezirksrücklage veranschlagt. Neben dieser veranschlagten Rücklage standen den Bezirken mit 1. Jänner 1993 – resultierend aus nichtverbrauchten Mitteln der Vorjahre – noch weitere 243 Millionen Schilling zur Verfügung, die ebenfalls noch keinem bestimmten Aufgabenbereich (Vorhaben) zugeordnet waren.

Daneben wurden den Bezirken auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 25. Juni 1992 im Jahre 1993 80 Millionen Schilling für die bauliche Instandhaltung der Kindertagesheime und der allgemeinbildenden Pflichtschulen bereitgestellt. Allerdings können die Bezirke diese zusätzlichen Mittel nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie für solche bauliche Instandhaltungsmaßnahmen ein festgelegtes Mindestmaß aus eigenen Bezirksmitteln aufwenden.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1992 wurden Mitte März 1993 erstellt. Diese wiesen bei Bezirksmitteln von rund 1.016 Millionen Schilling Ausgaben (für Vorhaben) von rund 1.014 Millionen Schilling aus. Die nicht verbrauchten Mittel von rund 2 Millionen Schilling wurden der Rücklage zugeführt. Mit Stichtag 31. Dezember 1992 erreichte die Bezirksrücklage insgesamt (20 Bezirke) die bereits oben zitierte Höhe von 243 Millionen Schilling – resultierend aus nichtverbrauchten Mitteln des Jahres 1992 sowie der Vorjahre, Zinsen der Bezirksrücklage, anrechenbare Zuwendungen. Allerdings mußten vier Bezirke im Bezirksrechnungsabschluß 1992 einen Vorgriff von insgesamt rund 15,1 Millionen Schilling tätigen.

Im Dezember 1993 hat der Wiener Landtag beschlossen, daß die Gebrechensbehebung im elektrischen Bereich der öffentlichen Beleuchtung sowie an Verkehrslichtsignalanlagen und an beleuchteten Verkehrszeichen durch Organe der Stadt Wien mit Wirksamkeit 1. Jänner 1994 nicht mehr in die finanzielle Zuständigkeit der Bezirksorgane fällt. In weiterer Folge wurden die für die Errechnung der Höhe der Bezirksmittel relevanten Parameter von bisher 17 Prozent des Aufkommens an Gewerbesteuer, 17 Prozent des Aufkommens an Lohnsummensteuer, 50 Prozent des Aufkommens an Dienstgeberabgabe, mit Wirksamkeit 1. Jänner 1994 auf 15 Prozent des Aufkommens an Gewerbesteuer, 16 Prozent des Aufkommens an Lohnsummensteuer und auf 49 Prozent des Aufkommens an Dienstgeberabgabe geändert. Solchermaßen stehen den Bezirken im Jahre 1994 Mittel in der Höhe von rund 1.029 Millionen Schilling für die in ihre finanzielle Verantwortung übertragenen Angelegenheiten zur Verfügung.

Finanzwirtschaft

Geld – und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 1993 wurden auf Grund der beschlußmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktionen durchgeführt:

200 Millionen CHF – Anleihe 1993 – 2003 (öffentliche Anleihe)

125 Millionen CAD – Anleihe 1993 – 1998 (in CHF getauscht)

250 Millionen CHF – Anleihe 1993 – 1997 (Privatplatzierung)

100 Millionen CAD – Anleihe 1993 – 2000 (in CHF getauscht)

Diese Transaktionen erbrachten einen Gesamtertrag von rund 5.648 Millionen Schilling.

Wohnbau

Mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 25. November 1992, Pr.Z. 3725/92, wurde der Magistrat ermächtigt, für den Neubau, die Sanierung und die Instandhaltung städtischer Wohnhausanlagen zweckgebundene Fremdmittelaufnahmen in einer Höhe, wie sie sich aus der jeweiligen sachlichen Genehmigung und den für die Inanspruchnahme geltenden Rechtsvorschriften und Richtlinien ergibt, vorzunehmen bzw. Konvertierungen zweckgebundener Darlehen durchzuführen.

Im Jahre 1993 wurden zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaues Hypothekendarlehen in der Höhe von 1.241,578.800 S aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von zwei Drittel der Darlehen, das sind 827,719.200 S, zuzählbar sein wird. Durch diese Darlehensaufnahmen wurde die Finanzierung von 17 städtischen Bauvorhaben mit insgesamt 1.436 Wohneinheiten gesichert. Zur Ausfinanzierung diverser Wohnbauvorhaben im Bereich des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989 Art. II hat die Abteilung im Jahre 1993 außerdem sieben Nachtragsdarlehen in der Höhe von insgesamt 27,603.320 S aufgenommen. Die ursprünglichen Darlehen für diese Bauvorhaben stellte das Land Wien zur Verfügung.

Für Bauvorhaben im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 wurde ein Nachtragsdarlehen in der Höhe von 538.670 S, für Bauvorhaben der Wohnbauförderung 1984 wurden insgesamt drei Nachtragsdarlehen in der Höhe von 6,223.400 S aufgenommen.

Zuzählungen wurden gemäß Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 I. Hauptstück in der Höhe von 8,085.300 S, gemäß Wohnbauförderung 1968 in der Höhe von 147.900 S, gemäß Wohnbauförderung 1984 in der Höhe von 1,079.370 S und gemäß Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 in der Höhe von 3,026.600 S veranlaßt.

Konversionsdarlehen konnten nur in der Höhe von 52,638.174,93 S zugezählt werden, da die Banken und in der Folge auch die Versicherungsanstalten nicht bereit waren, Darlehen zum Zinssatz der Nominal der Bundesanleihe zuzüglich 0,5 Prozent Aufschlag zu gewähren.

Im Rahmen einer Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989 sollen nun die Konditionen für Konversionsdarlehen neu geregelt werden. Für diesen Fall haben die Darlehensgeber der Abteilung für das Jahr 1994 wieder die Gewährung von Konversionsdarlehen in Aussicht gestellt.

Wohnhaussanierung

Auf dem Kapitalmarkt wurden im Jahr 1993 von der Abteilung im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich Darlehen in der Höhe von insgesamt 1.854,522.690 S aufgenommen, die Zuzählungen auf diesem Sektor betragen für 1993 223,255.810 S.

Bei der Aufnahme von Einzeldarlehen für den Fernwärmeanschluß gemäß Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 wurde im Jahre 1993 eine organisatorische Neuerung eingeführt. Bis einschließlich 1992 wurden die Darlehen für die Finanzierung des Fernwärmeanschlusses in einzelnen Wohnungen nach Zusicherung der Förderung durch die MA 50 aufgenommen, die entsprechende Zuzählung erfolgte nach der Endabrechnung. Ab 1993 werden die Darlehen erst nach erfolgter Endabrechnung aufgenommen und sodann zum nächsten Tilgungstermin zugezählt. Somit ist es nicht mehr erforderlich, bei jeder Zusicherungsänderung eine Erhöhung bzw. Reduktion der bereits erstellten Promesse und des Schuldscheines zu veranlassen. Weiters werden jeweils 99 Objekte zu einer Promesse und somit auch zu einer Kontonummer zusammengefaßt, wodurch es sowohl bei der darlehensgewährenden Bank als auch beim Magistrat zu wesentlichen Arbeiterleichterungen gekommen ist.

Darlehen des Landes

Gemäß Beschluß der Wiener Landesregierung vom 18. September 1990, Pr.Z. 2640, und der entsprechenden Aufstockungen vom 26. November 1991, Pr.Z. 3792, und vom 7. April 1992, Pr.Z. 1178, stand insgesamt ein Betrag

von 7,5 Milliarden Schilling für Darlehen des Landes zur Verfügung. Bis Jahresende 1993 wurden im Neubau- und Sanierungsbereich sowohl an private Förderungswerber als auch an die Gemeinde Wien als Förderungswerber Darlehen in der Höhe von insgesamt 7.142.723.757 S zugesichert und davon 3.970.302.893 S ausbezahlt.

Gewerbeorientierte Blocksanierung

Im Rahmen dieser gemeinsam mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien durchgeführten Aktion wurden im Jahr 1993 Beratungsteams in rund 10 Blocksanierungen eingesetzt. Die Stadt Wien hat auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 29. April 1993, Pr.Z. 1338/93, die Tragung der Hälfte der Aktionskosten von 2.038.300 S, das sind 1.019.150 S, übernommen.

Bürgschaften

Die Wiener Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 14. Dezember 1993 unter Pr.Z. 4453/93 die Ermächtigung erteilt, bei Darlehensgewährungen von Bausparkassen, Kredit- und Versicherungsinstituten im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, für Sanierungsmaßnahmen in Wohnungen Bürgschaften bis zu einem Gesamtbetrag von 1.300 Millionen Schilling, für Sanierungsmaßnahmen an und in Wohnungen und Gebäuden Bürgschaften bis zu einem Gesamtbetrag von 800 Millionen Schilling zu übernehmen.

Im Jahre 1993 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen, und zwar im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 83 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen für einen Gesamtbetrag von 278.814.700 S sowie durch Erteilung von Kreditaufträgen an inländische Kreditinstitute zur Realisierung von Kreditaufnahmen für die GESIBA – Gemeinnützige Siedlungs- und Bau AG (340 Millionen Schilling) und für die EBS – Entsorgungsbetriebe Simmering Ges.m.b.H. & Co KG (200 Millionen Schilling). Darüber hinaus erfolgte die Übernahme einer Ausfallhaftung für einen von der EBS – Entsorgungsbetriebe Simmering Ges.m.b.H. & Co KG beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds aufgenommenen Kredit in Höhe von 165.997.000 S sowie für einen von der Firma Bilderbogen, Filmpräsentation und Publikationen Ges.m.b.H. bei der Bank Austria AG aufgenommenen Kredit in der Höhe von 1.000.000 S.

Des weiteren wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 1. Oktober 1993, Pr.Z. 3300/93, die Aktion „Osteuropahilfe der Stadt Wien“ als Nachfolgeaktion der beiden Förderungsaktionen „CSFR-Milliarde der Stadt Wien“ und „Polenilfe der Stadt Wien“ ins Leben gerufen, die die Förderung von Exporten Wiener Unternehmen in die europäischen Staaten des ehemaligen COMECON-Raumes sowie in die Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens, sofern sie nicht in kriegerische Auseinandersetzungen involviert sind, zum Ziel hat.

Beteiligungen

Im Rahmen der Beteiligungsverwaltung verschmolz – durch das am 1. Jänner 1993 in Kraft getretene Bundesgesetz betreffend Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaft – die Wiener Bundesstraßen AG gemeinsam mit einigen Straßenbausondergesellschaften zur Österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG, an der das Land Wien mit 0,07 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 1.444 Millionen Schilling beteiligt ist.

Der Geschäftsanteil der Stadt Wien in Höhe von 7 Prozent am Stammkapital der Austrian Wine Airport Lounge Ges.m.b.H. wurde im Rahmen der ordentlichen Generalversammlung am 21. April 1993 an die Airst Restaurant- und Hotelbetriebsges.m.b.H. abgetreten.

Gemäß Beschluß des Gemeinderates vom 28. Mai 1993 wurden 51 Prozent des Stammkapitals der Jüdischen Museum der Stadt Wien Ges.m.b.H. von der Wiener Holding AG im Nominale von 255.000 S käuflich erworben, und des weiteren wurde die Wiener Holding AG mit der Verwaltung dieser Anteilsrechte beauftragt.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Mit dem am 1. April 1993 in Kraft getretenen Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, der Umwelt, der Altlastensanierung und zum Schutz der Umwelt im Ausland (Umweltförderungsgesetz) sowie den dazu am 14. April 1993 im Amtsblatt der Wiener Zeitung verlautbarten Förderungsrichtlinien Siedlungswasserwirtschaft, die am 3. Juni 1993 geändert wurden, wurde die Förderung im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft von langfristigen, niedrigverzinsten Darlehen auf Annuitätenbezuschung umgestellt. Gleichzeitig wurde die Verwaltung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds der Österreichischen Kommunalkredit AG übertragen sowie diese auch mit der Abwicklung der neuen Förderung vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie beauftragt. Im Zusammenhang mit dieser Förderung wurden 56 Projekte der MA 30 bzw. 31 mit geplanten Gesamtbaukosten von 965.988 Millionen Schilling neu eingereicht. In drei Kommissionssitzungen wurden sodann, gemeinsam mit Projekten aus dem Vorjahr, 97 Projekte mit förderfähigen Gesamtbaukosten von 2.467.852 Millionen Schilling positiv begutachtet.

2. Altlasten

Zu einer auf Grund von Kostensteigerung notwendig gewordenen Wiedervorlage eines Projektes der MA 45 in einer Kommissionssitzung konnte eine entsprechend erhöhte Förderungszusicherung angenommen werden. Zu allen bereits zugesicherten Projekten konnten weitere Mittel in Höhe von rund 98 Millionen Schilling beantragt und zugezählt werden.

Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Für das Jahr 1993 wurde vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zur Krankenanstaltenfinanzierung für die städtischen Spitäler ein Betrag von insgesamt 4.202,725.573 S sowie Strukturreformmittel in Höhe von insgesamt 282,046.768 S angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Gemäß § 56 Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 ist das Land Wien zur Abdeckung des halben Betriebsabganges von öffentlichen Krankenanstalten verpflichtet.

Im Jahre 1993 wurden die im Verfahren vorgesehenen Schlußbesprechungen für die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse der Jahre 1990 und 1991 des Hanusch-Krankenhauses durchgeführt. Die Berichte des Kontrollamtes für die Rechnungsjahre 1990 und 1991 des Orthopädischen Spitals in Speising liegen vor. Die diesbezüglichen Bescheide für das Hanusch-Krankenhaus und das Orthopädische Spital in Speising werden im Jahr 1994 ergehen.

Mit dem Rechtsträger der Krankenanstalt des Göttlichen Heilandes wurden Verhandlungen bezüglich der Tragung des halben Betriebsabganges dieser Krankenanstalt einschließlich des „St. Raphael“ Hospizes durch die Stadt Wien geführt. An die Rechtsträger des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern und des Herz-Jesu-Krankenhauses wurden die vertraglich vereinbarten Akontozahlungen in Höhe von insgesamt 11,6 Millionen Schilling geleistet.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der Abteilung werden vor allem private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit sozialen Projekten und Aufgabenstellungen befassen, insbesondere mit dem Bereich der Krankenpflege und Nachbarschaftshilfe, der Hilfe und Betreuung von Behinderten, allgemeiner Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe und Ausländerintegration.

Herauszuheben sind beispielsweise die Tragung der Geschäftsstellenkosten der Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“ und die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE-Wohnplätze für Behinderte – neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen – sowie von Projekten der im Rahmen der ARGE-Wohnplätze für Bürger in Not zusammengefaßten Organisationen.

Darüber hinaus werden wirtschafts- und berufsfördernde Organisationen (so z. B. der Wiener Zuwandererfonds bezüglich der Geschäftsstellenkosten), wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen sowie die Wiener Landwirtschaftskammer unterstützt. Im Zusammenwirken mit dem Landesarbeitsamt Wien wurden 1993 zahlreiche Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose und Jugendliche gefördert.

Des weiteren ist die Förderung des Ausbaues von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien bzw. anderer jüdischer Organisationen hervorzuheben.

In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke und des Gemeinderates, welche Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderungsausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden 1993 Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 377,6 Millionen Schilling bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben rund 161,9 Millionen Schilling entfielen.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge im Jahre 1993 insgesamt rund 272,0 Millionen Schilling ausgeben. Auf Investitionen entfielen davon rund 74,7 Millionen Schilling.

Österreichische Kommunalkredit AG

Auf Grund entsprechender Beschlüsse des Wiener Gemeinderates wurden im Jahr 1993 die Aufnahme von Darlehen bei der Österreichischen Kommunalkredit AG und deren fristengleiche Weitergabe an Firmen durchgeführt, und zwar an die Firma Luber & Sohn (20,000.000 S) und an die Firma Schmiedt GmbH & Co KG (20,000.000 S).

Wirtschaftsförderung

1. In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z. B. 514 Kreditanträge für die Gemeinsame Kreditaktion verzeichnet, wovon 471 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer, sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluß vom 22. Jänner 1993 wieder mit

5 Millionen Schilling festgesetzt. Im Rahmen der Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien kam es zu 16 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von 4,35 Millionen Schilling.

2. Der BÜRGES-Förderungsbank wurden für ihre Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume“ im Jahre 1993 neun überprüfte Anträge zur positiven Erledigung übermittelt, die ein Zuschußvolumen von insgesamt 867.000 S auslösten.
3. Auch hinsichtlich jener Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine starke Inanspruchnahme im Jahre 1993 festzustellen. So wurden im Rahmen der Strukturverbesserungsaktion (nunmehr „Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion“ – STUVA) 44 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 115,072.700 S gewährt. Mit Gemeinderatsbeschuß vom 23. Oktober 1992 wurde die bestehende Strukturverbesserungsaktion dermaßen modifiziert, daß zwar die bisherigen Förderungsziele möglichst unverändert beibehalten werden können, jedoch in formaler Hinsicht eine größtmögliche Übereinstimmung mit dem EG- Wettbewerbsrecht erreicht wird. Im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion wurden sieben Zuschüsse in Höhe von insgesamt 765.150 S und im Rahmen der Aktion zur Förderung von Investitionen im Bereich der C-Techniken 51 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 27,947.100 S vergeben. Bei der mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Oktober 1988 geschaffenen Aktion zur Förderung zusätzlicher hochqualifizierter Mitarbeiter in Wiener Klein- und Mittelbetrieben (Initiative „Qualifizierte Mitarbeiter“) wurden 1993 27 Zuschüsse vergeben, die ein Gesamtvolumen von 5,293.111 S auslösten.

Im abgelaufenen Jahr konnten im Rahmen der erst 1992 neu geschaffenen Aktion, der Aktion zur Vermeidung von (F)CKW-Emissionen, 23 positiv erledigte Förderungsfälle mit einem Zuschußvolumen von 4,057.600 S und im Rahmen der Nahversorgungsförderungsaktion 24 erledigte Fälle mit einem Zuschußvolumen von 1,510.726 S, verzeichnet werden.

In Erweiterung der Förderungstätigkeit durch die Stadt Wien wurden mit Beschluß des Gemeinderates vom 19. November 1993 und vom 17. Dezember 1993 vier neue Förderungsaktionen geschaffen:

- Der rapiden technologischen Entwicklung entsprechend hat die Stadt Wien zur Modernisierung und Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Wiener Druckereien die Druckereiförderungsaktion geschaffen. Die Stadt Wien gewährt im Interesse der EDV-mäßigen Auf(nach)rüstung von Wiener Kleinbetrieben Investitionszuschüsse zum Zweck der Ausstattung des Betriebes mit PC, Kopier- und Faxgeräten zur betrieblichen Verwendung.
 - Die Stadt Wien hat gemeinsam mit der Wiener Wirtschaftskammer die Jungunternehmerförderung durch Unternehmensberatung geschaffen, mit dem Ziel, für Jungunternehmer die besonders zahlreichen Risiken im Stadium der Unternehmensneugründung bzw. Unternehmensübernahme durch Unternehmensberatung zu verringern.
 - Im Rahmen der modifizierten Wiener Geschäftsstraßenförderungsaktion (vormals Aktion „Einkauf in Wien“) konnte ein Aufkommen von 38 positiven abgewickelten Förderungsanträgen mit einem Zuschußvolumen von 1,582.998 S registriert werden.
4. Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde die Aktion zur Förderung von Innovationen in Wien mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Dezember 1993, Pr.Z. 4362/93, in die Wiener Innovations- und Technologieförderung umgewandelt. Im Rahmen dieser neuen Aktion wurden im Jahre 1993 16 Fälle mit einem Gesamtbetrag von 18,687.700 S positiv erledigt. Davon entfallen auf die Projektphase, Forschung und Entwicklung 11,127.900 S, auf die Phase Fertigungsüberleitung 2,653.600 S und auf die Phase Markteinführung 4,906.200 S.
 5. Auch im Zuge der Förderung im Rahmen der Wiener Kleinbetriebezuschußaktion war eine rege Investitionstätigkeit festzustellen. Es gelangten 851 Förderungszuschüsse in Höhe von insgesamt 45,707.057 S zur Auszahlung, die sich in Investitionsförderung mit 34,867.673 S, Neugründungsförderung mit 1,240.238 S, Nahversorgungsförderung mit 6,961.006 S und Jungunternehmerförderung mit 2,638.140 S gliedern. Das gesamte Investitionsvolumen einschließlich der Bundesförderung betrug für das Jahr 1993 815,8 Millionen Schilling.

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung: Zur teilweisen Finanzierung der Kosten der Errichtung eines Pflege- und Sozialzentrums im Wohnpark Rennweg wurde der Caritas Sozialis Pflege- und Sozialzentrum Rennweg GesmbH auf Grund der Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat vom 28. Mai 1993, Pr.Z. 1676/93, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 386,059.500 S gewährt.

Dem Verein „Jugend am Werk“ wurde auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 1. Juli 1993, Pr.Z. 2136/93, zur teilweisen Finanzierung der Kosten der Errichtung einer Beschäftigungstherapie- und Werkstatt im Wohnpark Rennweg eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 35,000.000 S gewährt.

Der Firma LGV Frischgemüse reg. GenmbH wurde gemäß Beschluß des Gemeinderates vom 1. Oktober 1993, Pr.Z. 3280/93, zur Finanzierung der Errichtung eines Privatkanals zur Entsorgung der Betriebsliegenschaft in 11, Oriongasse, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 1,500.000 S gewährt.

Zur Abdeckung entstandener Mehrkosten auf Grund der schlechten Grundstücksbeschaffenheit wurde der Firma Herold Druck- und Verlags GesmbH auf Grund der Genehmigung des Wiener Gemeinderates vom 17. Dezember 1993, Pr.Z. 4293/93, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 3.000.000 S gewährt.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 17. Dezember 1993, Pr.Z. 4432/93, wurde der Firma Kelly GesmbH zur teilweisen Finanzierung der Errichtung einer neuen Betriebsstätte in 22, Rautenweg, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 19.000.000 S gewährt.

Der Firma Ed. Hölzel GesmbH wurde auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 17. Dezember 1993, Pr.Z. 4361/93, zur teilweisen Finanzierung der Errichtung einer neuen Betriebsstätte in 23, Jochen-Rindt-Straße 9, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 7.050.000 S gewährt.

Die Stadt Wien leistet auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 19. November 1993, Pr.Z. 3938/93, zu den Kosten der von der WWK-Veranstaltung von Messen und Ausstellungen GesmbH in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technische Politik der Russischen Föderation und der Inter Tec GesmbH unter dem Titel „Neue Technologien und Werkstoffe aus Rußland“ veranstalteten Fachausstellung einen Kostenbeitrag in Höhe von 750.000 S.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 19. November 1993, Pr.Z. 3943/93, wurde zu den Kosten des CUM – Club der Unternehmer der Kaufleute der Mariahilfer Straße zur Durchführung des Projektes „Mittelfristiges Marketingkonzept für die Neue Mariahilfer Straße“ ein Kostenbeitrag in der Höhe von 12.428.500 S gegen Abrechnung gewährt.

Zur Finanzierung der Kosten der Errichtung einer Repräsentanz in Brüssel wurden dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gemäß Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 17. Dezember 1993, Pr.Z. 4367/93, im Wege einer Nachdotation gemäß § 3 der Satzung ein Betrag von 2.566.000 S zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Wien beteiligt sich neben der Wiener Wirtschaftskammer auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 17. Dezember 1993, Pr.Z. 4294/93, an einer Finanzhilfefaktion für Kaufleute der Stadlauer Straße mit einem Kostenbeitrag von 200.000 S.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Im Rahmen dieser im Jahre 1989 ins Leben gerufenen Aktion wurden 1993 für 533 Antragsteller 24.737.372 S ausbezahlt.

Im Vergleich zu den Vorjahren, in welchen diese Förderungsaktion der Stadt vorwiegend von gemeinnützigen Wohnbauträgern und vereinzelt von privaten Antragstellern genutzt wurde, wurden 1993 sehr viele Anträge von den Eigentümern selbst gestellt.

Zinsfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser – im gesundheits-, umwelts- und sozialpolitischen Interesse gelegenen – Aktion kann die Stadt Wien zinsfreie Darlehen für die Dauer von fünf Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluß bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren. Die zu dieser Aktion eingelangten Ansuchen und Unterlagen werden zunächst einer Überprüfung durch die MA 6 und die MA 25 unterzogen und nach Einlagen der diesbezüglichen Stellungnahmen unter Bedachtnahme auf die Familien- und Einkommensverhältnisse einer positiven oder negativen Erledigung zugeführt.

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Jahr 1993 acht Ansuchen positiv erledigt, für die insgesamt 1.155.300 S zugezählt wurden.

Ersatzvornahmen

Der Abteilung obliegt es, auf Grund der jeweiligen Rechtsgrundlage in Zusammenarbeit mit der MA 6 – Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der MA 6 – Buchhaltungsabteilung II und V, der Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und den Magistratischen Bezirksämtern (Erstellung der Kostenbescheide) die Erledigung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Im Jahr 1993 wurden 56 neue Verstöße gegen die Reinhalteverordnung bearbeitet. Insgesamt wurden 630.623,94 S zur Begleichung von Rechnungen ausbezahlt, der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. 607.795,02 S konnten auf der Einnahmeseite als einlagende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1992 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von 993.874,96 S. Nach Hinzurechnung von 630.623,94 S an Ausgaben und Abzug von 607.795,02 S an Einnahmen ergibt sich für 1993 ein Saldo in der Höhe von 1.016.703,88 S.

Rechnungsamt

Das im Buchhaltungsdienst verwendete Buchführungssystem ist eines der fortschrittlichsten und rationellsten. Es verbindet in einer Simultanlogik die Kameralistik auf Grund der VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung) mit der Doppik auf Grund des RLG (Rechnungslegungsgesetz). Es bewährt sich für alle bisher gestellten Anforderungen außerordentlich. Trotzdem wird nach Verbesserungen und weiteren Rationalisierungsmöglichkeiten versucht, um den fortdauernden Mengenzuwachs ohne Personalvermehrung bewältigen zu können.

Durch die Umstellung der EDV auf die moderne „offene“ UNIX-Technologie wird nunmehr eine Reihe von weiteren Verbesserungen möglich werden:

- Nutzung der Netzvorteile
- Maximaler Informationsaustausch
- Zentrales Personenkonto
- Netzverbindung zum VAX-Netz
- CD-Bildschirmarchivierung im UNIX-Netz (damit wird zu Datenabfragen auch das Bild des Beleges, der Rechnung angezeigt werden können)
- Einsatz moderner Datenbanken
- Ausbau der Schnittstellen
- Ausbau der vollautomatischen Buchungen („Überrechnungen“).

Ein Teil dieser für einen Zeitraum von 8–10 Jahren angestrebten Verbesserungen wurde, zumindest organisatorisch, bereits im Verwaltungsjahr 1993 in Angriff genommen:

- Erweiterung des Bewegungssatzes um Daten zur Rationalisierung der Einbringung und Verbesserung der Informations- und Auswertungsmöglichkeiten
- Einführung der GEPARD („Geschäftspartnerdatei“) als künftiges zentrales Personenkonto der Stadt Wien
- Erste Versuche mit Bildschirmarchivierung, zunächst noch off line.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten im Buchhaltungsdienst bildeten 1993 die organisatorischen Vorarbeiten zur Einrichtung weiterer „Spitalsbuchhaltungen“. Dazu waren sehr umfassende EDV-Neuorganisationen und Programme zu entwickeln und einzusetzen.

Die Fortbildungskurse für Mitarbeiter des Buchhaltungsdienstes wurden an die geänderten gesetzlichen und organisatorischen Bedingungen angepaßt und ein spezieller Fortbildungskurs für die EDV-Operatoren des Buchhaltungsdienstes eingeführt.

Im Rahmen der Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie wurden von Mitarbeitern der Abteilung noch folgende fachbezogene Vorträge abgehalten:

- Die Handhabung der Bestimmungen zur Fälligkeit von Rechnungen
- Die Handhabung der Bestimmungen über den Abzug bzw. die Verzinsung von Haftungs- und Deckungsrücklässen
- Das Einkommensteuergesetz aus der Praxis – unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Trainern und Vortragenden
- Die Einbringung von Forderungen; Grenzen zwischen Recht und Wirtschaftlichkeit
- Die Strafen der Stadt Wien; EDV-Unterstützung von der Protokollierung bis zum Vollzug

In der Gruppe EDV-Betreuung der Zentralbuchhaltung wurde ein starker Anstieg der Betreuungstätigkeit durch die Umstellung auf UNIX-Rechner verzeichnet. Besonders belastend waren und sind die Umstellung auf eine neue Betriebssystemversion sowie auf einen neuen Compiler (Software zum Umwandeln der Programme in ausführbarem Code). Die Programmierstätigkeit erstreckte sich besonders auf die Erweiterung der Daten zur noch ausführlicheren Information der Dienststelle. Weiters mußten die neuen Buchhaltungsabteilungen EDV-mäßig eingerichtet werden.

Bei den von der Buchhaltungsabteilung I verrechneten Essensmarken wurde eine weitere Steigerung vermerkt. Die monatliche Anzahl der zusätzlich zu verrechnenden Zivildienere stieg von etwa 250 um 120 Prozent auf rund 550.

Die Buchhaltungsabteilung II war, bedingt durch ihr Aufgabengebiet, von den laufenden Zinssatzänderungen besonders belastet. Die im Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz vorgesehene Möglichkeit der begünstigten Darlehensrückzahlung wurde 1993 zusätzlich von 1.600 Darlehensnehmern in Anspruch genommen.

Für die dann nicht wirksam gewordene Kapitalsteuer mußte zunächst kurzfristig eine EDV-Lösung organisiert werden.

Das neue Aufenthaltsgesetz hat in der Buchhaltungsabteilung III eine zusätzliche Belastung durch die Verrechnung von 60 S pro Person als Entschädigung vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten verursacht.

Das mit 1. Juli 1993 in Kraft getretene Pflegegeldgesetz erforderte in der Buchhaltungsabteilung IV die manuelle Übernahme von rund 6.000 Konten und die Neuanlage von rund 2.000 Konten. Zur Verrechnung der Einnahmen der MA 47 wurden umfangreiche organisatorische Vorarbeiten geleistet.

In der Buchhaltungsabteilung V wurde die Abrechnung der Kautionen für die Wiederinstandsetzung von Straßen der MA 28 sowie die Verrechnung der Prüfgebühren der MA 39 neu organisiert.

Die Buchhaltungsabteilung VI hatte durch das Abfallwirtschaftsgesetz rund 60 Millionen Schilling Mehreinnahmen zu verbuchen. Bei den Ausgaben ergab sich eine Mehrbelastung durch die Auszahlung eines Anerkennungsbeitrages von 200 S für den Verzicht auf Autowracks.

Im Bereich der Buchhaltungsabteilung VII war eine Steigerung bei den Mitteln für Kindertagesheime und Schulen von 65 auf 80 Millionen Schilling sowie eine Erhöhung bei den Bezirksmitteln von 1.016,2 auf 1.085,4 Millionen Schilling zu verzeichnen.

Die Übersiedlung der MA 30 sowie der Wunsch, „ihre“ Buchhaltungsabteilung mitzuübersiedeln, erforderten in der Buchhaltungsabteilung VIII umfangreiche Vorarbeiten zur Teilung.

In der Buchhaltungsabteilung IX erfolgt ab dem Jahr 1993 die Verrechnung der „Graberhaltungsvorauszahlungen“ mittels Datenträger.

Im Bereich der Buchhaltungsabteilung X wurde die Einnahmenverrechnung um die Fakturierung von Gutachten (Führerscheingutachten, Gutachten nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz) erweitert.

In der Buchhaltungsabteilung XI wurde die jährweise Nacherfassung der Einnahmen aus Hauptmietzins, Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag und Betriebskosten pro Mietgegenstand und Monat für den Bereich Wohnhäuser abgeschlossen.

1993 wurden 815 neue Mietgegenstände übernommen, 49 Endabrechnungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz erstellt, sowie im Rahmen der jährlichen Hausabrechnung 243 Mieterinsichtnahmen durchgeführt.

Für die geplante automatisierte Fernmeldegebührenverrechnung zwischen Post und Magistrat der Stadt Wien waren in der Buchhaltungsabteilung XII umfangreiche Vorarbeiten notwendig.

Im Bereich der Bestandzinsverrechnung für die MA 59 wurden die Halbjahresvorschreibungen auf monatliche a-conto-Vorschreibungen umgestellt.

Die von der Buchhaltungsabteilung XIII zu verrechnenden Budgetmittel der MA 56 wurden von 645 Millionen Schilling im Rechnungsjahr 1992 auf 1.187 Millionen Schilling im Rechnungsjahr 1993 erhöht, was einer Steigerung um 84 Prozent entspricht.

In der Buchhaltungsabteilung XIV erfolgte die Ausgliederung und Übertragung des Verrechnungsbereiches Pflegeheime in eine eigene Buchhaltungsabteilung. Da die budgetmäßige Nachweisung weiterhin auf dem Sammelansatz 4210 erfolgt, mußte ein EDV-unterstütztes Überrechnungssystem zur automatischen Zusammenführung eingerichtet werden.

Zur besseren EDV-Unterstützung bei der Verrechnung von indexabhängigen Pachten wurden in der Buchhaltungsabteilung XV organisatorische Vorarbeiten für ein Programmpaket unter EVA (Einnahmegerbarung mit Vorschreibungs- und Abstattungsautomatik) geleistet.

Seitens der Buchhaltungsabteilung XVI wurden 1993 145 unvermutete Kassenprüfungen (davon 14 an Samstagen sowie 14 an Sonntagen) in den Bädern vorgenommen. Weiters wurde an 111 Kassenübergaben bei Wechsel des Kassiers mitgewirkt und 41 Eignungsprüfungen in bezug auf Kassenabrechnung als Entscheidungshilfe für die MA 44 bei der Aufnahme von Saisonkassierinnen durchgeführt.

In der Buchhaltungsabteilung XVIII ist eine anhaltende Einnahmensteigerung durch den Einsatz des GRABSCH (Gebührstellungs-, Rechnungslegungs-, Abstattungs- und Betreuungssystem mit chronologischen Einbringungsmaßnahmen) festzustellen.

Die Einführung von KIWI (Krankenhaus-Informationssystem – Wirtschaft) in der Materialverwaltung und im Apothekenbereich des Elisabeth-Spitals ermöglicht nunmehr die Übernahme von EDV-Daten im Bestellwesen. Die extreme Zunahme der Anzahl der Eingangsrechnungen führte zu einer beträchtlichen Arbeitsausweitung.

Die Übernahme der Verrechnung des Sophienspitals ab 1. Jänner 1994 wurde vorbereitet.

Die im April 1992 eingerichtete Buchhaltungsabteilung XIX konnte die – bei allen Anstaltsbuchhaltungen der Abteilung signifikanten – Erfolge bei der Einbringung von Forderungen fortsetzen. Die Vorschriften stiegen um 25 Prozent, die Anzahl der Rechnungen um 53 Prozent, die Anzahl der Zahlungsaufforderungen um 70 Prozent, die Anzahl der Rückstandsabweisungen an den Erhebungs- und Vollstreckungsdienst um 99,8 Prozent.

Für die Verrechnung der Pflegeheime wurde die Buchhaltungsabteilung XX – in provisorischen Räumlichkeiten – eingerichtet. Die organisatorischen Vorbereitungen waren insbesondere durch die örtlich weit voneinander entfernten Anstalten sehr aufwendig.

Die von der Buchhaltungsabteilung XXI zu verrechnende Bettenzahl des Donauspitals stieg von 451 um 27 Prozent auf 573. Die zu verrechnenden Aufnahmen von Stationärpatienten stiegen von 10.972 um 140 Prozent auf 26.397. Die Anzahl der Eingangsrechnungen stieg von 20.556 um 24 Prozent auf 25.450.

Durch die Einführung von KIWI im Donauspital können die Bestelldaten nunmehr EDV-mäßig übernommen werden. Die Übernahme der Rechnungen wurde ersten Tests unterzogen.

In der Abgabeverrechnung machte sich der Konjunktüreinbruch besonders bemerkbar. Der Abgabenerfolg der Landes- und Gemeindeabgaben stieg gegenüber dem Vorjahr nur mehr um 1,4 Prozent und blieb hinter den bisherigen Steigerungsraten von 5–10 Prozent weit zurück.

Folgende Abgaben weisen sogar rückfällige Tendenzen auf

- Gewerbesteuer
- Ortstaxe
- Anzeigenabgabe
- Hundeabgabe
- Versteigerungsabgabe
- Anliegerbeiträge

Überdurchschnittliche Zuwachsraten (38 %) erzielten die Parkometerabgabe durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung (1. Bezirk) sowie die Abgabenstrafen (57 %) durch die Anhebung der Organmandate auf 300 S und die intensive Überwachung.

Die Leistungsgebühren stiegen, bedingt durch Erhöhungen der Müllabfuhrabgabe, Wassergebühren und Abwasserabgabe am 1. Jänner 1993 im Berichtsjahr um rund 18 Prozent.

Bedingt durch die schlechte Wirtschaftslage stiegen trotz intensiver Betreuungstätigkeit die Rückstände weiter an. Trotz Mehrleistungen der Vollstrecker (durch Überstunden wurde die Tagesleistung auf 27 Akten pro Vollstrecker und die eingehobenen Beträge von 170 Millionen Schilling auf 186 Millionen Schilling angehoben) konnte der Zuwachs auf 187.000 Vollstreckungsakten nicht wettgemacht werden, so daß 47.000 Akten unerledigt blieben. Leider gelang es nicht, drei freie Dienstposten zu besetzen, da kein geeignetes Personal für diesen schweren Außendienst gefunden werden konnte.

Um den kommenden Aufgaben gerecht zu werden, wurde ein Ausbildungsplan für neu aufgenommene Mitarbeiter ausgearbeitet. Ziel dieses einheitlichen Ausbildungsplanes ist es, in möglichst kurzer Zeit selbständige, in fachlicher und sozialer Hinsicht voll integrierte und überall verwendbare Mitarbeiter heranzuziehen. Nach zwei Jahren und nach positivem Besuch der beiden Fortbildungskurse sollte die Ausbildung abgeschlossen sein.

Darüber hinaus gab es noch folgende abgabenspezifische Änderungen:

Kommunalsteuer:

Im Zuge der Steuerreform wurde die Gewerbesteuer und damit auch die Lohnsummensteuer abgeschafft. An ihre Stelle tritt mit 1. Jänner 1994 die Kommunalsteuer. Um den erwarteten Abgabenerfolg zu erreichen, mußten in kurzer Zeit umfangreiche Vorarbeiten geleistet werden. Gleichzeitig wurden zur Erleichterung des Umstieges von der Lohnsummensteuer auf die Kommunalsteuer Informationsschreiben entworfen, die in den nächsten Tagen an alle betroffenen Abgabepflichtigen versandt werden.

Der Kreis der Abgabepflichtigen wurde von Unternehmern gewerblicher auf solche mit selbständiger beruflicher Tätigkeit erweitert. Es mußten daher zusätzlich rund 45.000 Abgabepflichtige (Freiberufler, Vereine, Hausbesitzer mit Hausbesorger) erfaßt werden.

Zur Vermeidung eines zusätzlichen Personalbedarfs wird die Verrechnung der Kommunalsteuer gemeinsam mit der Dienstgeberabgabe vorgenommen werden. Dazu mußte die neue Abgabe durch umfangreiche Programmänderungen in die allgemeine Abgabenverrechnung eingebunden und die bestehenden Wertevorräte erweitert werden.

Gebrauchsabgabe:

Die Tarife für Tischaufstellungen wurden mit 1. Juli 1993 erhöht. Die Tarifart für sonstige Verfügungsrechte über Grundstücke, mit denen ein wirtschaftlicher Vorteil gegeben ist, wurde gestrichen. Derartige Erlaubnisse werden in Hinkunft privatrechtlich vergeben.

Parkometerabgabe:

Im Zuge der Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf den gesamten 1. Bezirk wurde die Möglichkeit der Pauschalierung der Parkometerabgabe geschaffen. In Verbindung mit der Ausgabe des Parkpickerls an die Wohnbevölkerung wurden in der im Vorjahr installierten Kassenstelle der zuständigen Stadtkasse von 4.500 Parteien in kürzester Zeit 6 Millionen Schilling an Parkometerabgabe entrichtet. In diesem Zeitraum wurde der Kassenbetrieb an zwei Kassen von 7-19 Uhr abgewickelt.

Verwaltungsstrafen:

Im Einvernehmen mit den Magistratischen Bezirksämtern wurde ein Konzept für die Automatisierung der Verwaltungsstrafen entwickelt. Zielvorstellung sollte dabei eine Automationsunterstützung von der Protokollierung über die Verrechnung bis hin zum Strafvollzug sein. Das Detailkonzept liegt bereits vor. An der Programmierung wird derzeit gearbeitet. Nach einer Erprobungsphase soll diese Strafenkonzeption auf alle Strafen der Stadt Wien (auch auf die Parkometerstrafen) ausgeweitet werden.

Überwachung des ruhenden Verkehrs:

1993 fanden Verhandlungen zwischen Bund und Gemeinde wegen der Überwachung des ruhenden Verkehrs durch den Magistrat der Stadt Wien statt. Es wurden in mehreren Gesprächen im Rahmen der MD-VO die organisatorischen Voraussetzungen getroffen, damit nach Abschluß der Gespräche mit dem Bund in kürzester Zeit diese neue Aufgabe übernommen werden kann. Im Bereich der Abteilung werden kompetenzmäßig die Verrechnung und der Vollzug der Strafen angesiedelt werden.

Stadthauptkasse:

In der Stadthauptkasse wurden im Jahre 1993 866.000 Rechnungen und damit um 5 Prozent mehr als im Vorjahr der Bezahlung zugeführt. Diese Mehrbelastung wurde durch weitere Rationalisierung der Arbeitsabläufe unter Verwendung von PC abgefangen, wobei diverse Erfassungs- und Auswertungsprogramme vom diensteneigenen Personal entwickelt wurden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik soll die Leistungen der Dienstgruppen des Rechnungsamtes verdeutlichen:

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

Kontenanzahl.....	828.994
Eingelangte Einzahlungsbelege.....	1.581.966
Eingelangte Abgabenerklärungen.....	129.891
Mahnungen.....	153.979
Vollstreckungsanträge.....	76.466
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichtbezahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen.....	57.112
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen.....	4.141
Zwangstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen.....	3.563
Erfasste Buchungen über Bildschirm.....	761.279
Stammdatenänderungen über Bildschirm.....	291.244
Ausgesandte Kuverts für Zahlscheine.....	236.224
Erklärungen.....	98.621
Lastschriften.....	822.777
Bescheide, Kostenersätze.....	44.618

Abgabenstrafenverrechnung

Kontenzahl.....	199.074
Eingelangte Einzahlungsbelege.....	119.852
Mahnungen.....	55.293
Vollstreckungsanträge.....	36.941
Aufforderung zum Antritt der Ersatzarreststrafe.....	6.400
Anträge auf Vorführung zum Antritt des Ersatzarrestes.....	5.300
Gerichtliche Exekutionen.....	5.984

Stadthauptkasse

Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen.....	865.707
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen).....	107.432
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben).....	16.106
Bearbeitete Verbote.....	88.314
Ausgefertigte Bar-Einnahmen und Ausgaben.....	9.742
Unbare Einnahmen – Ausgaben.....	3.228
Eingelöste Schecks.....	4.178
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	Schilling
Geldgebarung.....	632.468.000
Wertmarkenverkauf.....	201.334.000
Drucksortenverkauf an Parteien.....	941.000

Gebarung in der Drucksortenstelle:	
Verwaltungsabgabemarken und Wertdrucksorten	
an Dienststellen im Wert von	146,985.000
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Wert von	4,500.000
Ausgegebene allgemeine Drucksorten	8,340.000

Erhebungs- und Vollstreckungsdienst

Aktenzugang	187.212
Erledigungen	178.070
Tagesdurchschnitt	27,01
Einhebungen	S 186,188.612
Ersatzvornahmen	417

Statistik Buchhaltungsdienst

Eingangsrechnungen	806.984
Einnahmegebührenstellungen	318.726
Buchungen	
– der Haushaltsverrechnungen	3,103.861
– der dienststellenbezogenen Gebarung	774.072
Stammdatensätze	432.333
Bildschirmabfragen	310.709
Programmaufrufe	161.483
Mahnungen und weitere Einhebungsschritte	246.419

Wiener Stadtwerke

1993 hat die weltweite Rezession auch Österreich getroffen. Erreichte das Bruttoinlandsprodukt 1991 einen Anstieg von 2,7 Prozent und konnte 1992 noch ein solcher von 1,6 Prozent verzeichnet werden, mußte für 1993 seit langem wieder ein Rückgang im Ausmaß von – international gesehen – allerdings bescheidenen 0,3 Prozent (real) hingenommen werden. In diesem wirtschaftlichen Umfeld, zu dem sich noch die Aspekte der Öffnung der Grenzen unserer östlichen Nachbarstaaten und die fortschreitende europäische Integration bemerkbar machten, gelang es den Wiener Stadtwerken weiterhin, die Zielsetzungen hinsichtlich der sicheren, flächendeckenden und umweltfreundlichen Energieversorgung zu realisieren und weitere Akzente im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zu setzen.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1993 wurde den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe das U-Bahn-Vermögen übertragen, das bis dahin im Vermögen der Stadt Wien (i.e.S.) aufschien. Dieser gewaltige Zuwachs im Bereich des Anlagevermögens von netto 19,3 Milliarden Schilling hat naturgemäß das Bilanzbild der Wiener Stadtwerke deutlich geprägt. Trotz des aus dem Vermögenszuwachs resultierenden starken Anstiegs der Abschreibung verzeichneten die Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmen 1993 mit 944,8 Millionen Schilling einen um 148 Millionen Schilling geringeren Verlust als im Jahr zuvor. Gegenüber dem Wirtschaftsplan (1.623 Millionen Schilling) ergibt sich damit eine Besserstellung um 678 Millionen Schilling. Das ausgewiesene Jahresergebnis resultiert aus mehreren Komponenten: Bei den Umsatzerlösen der einzelnen Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke waren – bis auf die Bestattung – durchwegs Zuwächse zu verzeichnen, die auf Leistungssteigerungen zurückzuführen sind. Weiters wirkte sich die Rückerstattung des Erbschaftsteueräquivalents für die Jahre 1988–1992 bei WIENSTROM in Höhe von 173 Millionen Schilling, aber auch das ganzjährige Durchschlagen des ab Mitte 1992 gültigen Strompreises ergebnisverbessernd aus, so daß die Steigerungen auf der Aufwandseite (Personal, Material, Abschreibungen) überkompensiert werden konnten. Daß die enorme Erhöhung der Abschreibungen bei den Verkehrsbetrieben im Ausmaß von 1.236 Millionen Schilling (+ 197 %) nicht auf das Gesamtergebnis durchschlug, liegt daran, daß einerseits bei den Verkehrsbetrieben die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Sachanlagevermögen um 619 Millionen Schilling und die über die Gewinn- und Verlustrechnung verrechneten Zuschüsse um 511 Millionen Schilling höher sind als die entsprechenden Vergleichszahlen des Vorjahres, andererseits WIENSTROM und WIENGAS deutliche Ergebnisverbesserungen zu verzeichnen hatten.

Bei den einzelnen Teilunternehmungen ergaben sich aus den dem Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke vorgelagerten Teilabschlüssen nachstehende Jahreserfolge: WIENSTROM verzeichnete einen Gewinn von 387,5 Millio-

nen Schilling, WIENGAS mußte einen Verlust von 147,4 Millionen Schilling verbuchen, die Wiener Verkehrsbetriebe einen solchen von 1.202,1 Millionen Schilling, während die Bestattung einen Gewinn von 17,2 Millionen Schilling ausweisen konnte.

Die Wiener Stadtwerke tätigten im Jahr 1993 Investitionen im Ausmaß von 7.436,0 Millionen Schilling (1992: 3.858,5 Millionen Schilling), wobei die Steigerung auf die erstmals bei den Verkehrsbetrieben ausgewiesenen Investitionen des U-Bahn-Baues zurückzuführen sind. Damit zählen die Wiener Stadtwerke zweifelsohne zu den größten Investoren in Österreich. Ein Auftraggeber dieser Größenordnung leistet einen erheblichen Beitrag zur Konjunkturstabilisierung und trägt maßgeblich zur Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen bei. Als weiterer, wesentlicher Aspekt ist die Tatsache anzuführen, daß ein großer Anteil dieser Ausgaben dem Umweltschutz dient, womit den ständig steigenden Anforderungen auf diesem Sektor Rechnung getragen wird.

Die finanzielle Lage bei den Teilunternehmungen gestaltete sich insgesamt positiv. WIENSTROM nahm die im Wirtschaftsplan 1993 vorgesehenen Fremdmittel mit rund 554 Millionen Schilling in Anspruch, konnte aber gleichzeitig Tilgungen von 895 Millionen Schilling vornehmen, so daß verstärkt durch die Tilgungen von WIENGAS – diese Teilunternehmung benötigte 1993 kein zusätzliches Fremdkapital – im Ausmaß von 218,4 Millionen Schilling ein deutlicher Nettoschuldenabbau bewirkt werden konnte. An der Umsetzung der Unternehmensphilosophie, derzufolge sich die Wiener Stadtwerke als modernes Dienstleistungsunternehmen weiterentwickeln wollen, wird durch umfassende Maßnahmen im Bereich des Marketing und Kundendienstes konsequent gearbeitet. Aber auch im internen Bereich sind entsprechende Maßnahmen erforderlich. 1993 erfolgte die 1992 begonnene von international anerkannten Consulting-Firmen vorgenommene organisatorische und wirtschaftliche Durchleuchtung der einzelnen Teilunternehmungen, wobei der Schwerpunkt in der Analyse von Schwachstellen im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der Dezentralisierungsmöglichkeiten, aber auch in der Beurteilung des Kommunikations- und Kontrollsystems mit der Vorlage entsprechender Optimierungsvorschläge gelegen hatte. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten 1993 die Vorarbeiten zur Etablierung eines Controlling-Systems innerhalb der Wiener Stadtwerke. Verstärktes Augenmerk wurde auch auf die Liquiditätsplanung gelegt, und zwar mit dem Ziel, die Sicherung der Zahlungsfähigkeit bei gleichzeitiger straffer Führung des Liquiditätsmanagements zu gewährleisten. Zur Auslotung der Möglichkeiten, Teilbereiche mit erhöhter Selbstständigkeit auszustatten, wurde an der Schaffung von Profit-Center-Modellen gearbeitet. Im Bereich der Bestattung kam dem Sargerzeugungsbetrieb die Rolle eines Profit-Center-Pilotprojektes zu.

Im Zusammenhang mit der Intensivierung der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Stadtwerke wurde mit Juni 1993 ein zentrales Schulungs- und Ausbildungszentrum gegründet, dessen Aufgabe es ist, für eine koordinierte und effiziente Fortbildung zu sorgen. Die angebotenen Veranstaltungen reichen von unternehmensübergreifenden bzw. interdisziplinären Informationsveranstaltungen bis zu Managementseminaren über Mitarbeiterführung und -motivation sowie Seminaren über modernes Zeitmanagement.

WIENSTROM

WIENSTROM verzeichnete 1993 im Vergleich zum Jahr 1992 eine Zunahme des Gesamtstrombedarfes um 2,36 Prozent, d. h. von 8.816.452 MWh auf 9.024.913 MWh. Davon erzeugten die eigenen kalorischen Kraftwerke 3.726.396 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke 102.774 MWh. Der Anteil der Bezugsrechte betrug 1993 212.935 MWh, 4.982.808 MWh wurden aus dem österreichischen Verbundnetz und von Kleinkraftwerken bezogen. Am 1. Dezember 1993 trat mit 1.655 MW die höchste Belastungsspitze seit dem Bestehen des Unternehmens auf. Dieser Jahreshöchstwert ist um 99 MW bzw. 6,36 Prozent größer als der Höchstwert des Vorjahres und um 13 MW bzw. 0,79 Prozent höher als im Jahr 1991. Der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie ergab sich am 30. November 1993 mit 33.833 MWh. Dieser Wert liegt um 1.831 MWh bzw. 5,72 Prozent über dem Tagesbedarfs-Höchstwert des Vorjahres.

Die Wärmelieferung aus der Kraft-Wärme-Kupplung des Blockkraftwerkes 1/2 im Dampfkraftwerk Simmering an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H betrug 1993 332.706 MWh, das entspricht einer Abnahme im Vergleich zum Jahre 1992 (783.729 MWh) um 57,55 Prozent. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 25. Jänner mit 320 MW (1992: 330 MW). Die größte Tagesabgabe an Wärme erfolgte am 1. Jänner mit 6.902 MWh (Vorjahr 7.163 MWh). Dies entspricht einer Tagesdurchschnittsleistung von 288 MW. Die Wärmelieferung aus der Kraft-Wärme-Kupplung des Blockkraftwerkes 3 im Dampfkraftwerk Simmering an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H betrug 1993 976.984 MWh; da im Vorjahr die Inbetriebnahme im November erfolgte, ist hier ein Vergleich mit dem Jahreswert 1992 nicht sinnvoll. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 3. Februar mit 410 MW (1992: 390 MW). Die größte Tagesabgabe an Wärme erfolgte am 2. Dezember mit 8.349 MWh (Vorjahr 6.548 MWh), was einer Tagesdurchschnittsleistung von 348 MW entspricht. Die Wärmelieferung aus der Kraft-Wärme-Kupplung des Gas- und Dampfkraftwerkes Leopoldau an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. betrug 1993 574.223 MWh, das entspricht einer Abnahme im Vergleich zum Jahre 1992 (614.461 MWh) um 6,55 Prozent. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 11. November mit 200 MW (1992: 210 MW). Die größte Tagesabgabe an Wärme erfolgte am 28. Oktober mit 4.591 MWh (1992: 4.553 MWh). Dies entspricht einer Tagesdurchschnittsleistung von 191 MW. Die Gesamtwärmelieferung von

WIENSTROM aus den Kraft-Wärme-Kupplungen der Blockkraftwerke 1/2 und 3 im Kraftwerk Simmering und aus dem Kraftwerk Leopoldau an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. betrug 1,883.913 MWh, das entspricht einer Zunahme im Vergleich zu 1992 (1,455.502 MWh) um 29,43 Prozent. Die größte Tagesabgabe an Wärme war am 23. November 1993 mit 16.100 MWh gegeben, was einer Zunahme im Vergleich zum Vorjahr von 4.308 MWh oder 36,53 Prozent entspricht. Am 1. Dezember waren die drei Kraft-Wärme-Kupplungen von WIENSTROM mit insgesamt 760 MW an der Abdeckung des Wärmebedarfes der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. beteiligt. Dieser Wert ist um 170 MW oder 28,81 Prozent größer als jener des Vorjahres.

Wie aus den vorhin genannten Daten klar hervorgeht, steigt der Bedarf an elektrischem Strom im Versorgungsgebiet von WIENSTROM nach wie vor an. Die Zuwachsrate von 2,36 Prozent im Jahre 1993 liegt knapp über dem Wert der für einen Zeitraum von 10 Jahren jährlich erstellten Strombedarfsprognose, die mittlere Jahreszuwachsrate von 2,29 Prozent aufweist.

Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages, für die Versorgungssicherheit der Stromkunden Sorge zu tragen, gilt es, Jahr für Jahr die Umspann- und Verteilanlagen bedarfsgerecht auszubauen, vor allem sind auch Stromerzeugungsanlagen rechtzeitig zu errichten. Dieser Anforderung entsprechend, waren 1993 eine Reihe von Investitionen zu tätigen und auch umfangreiche Erhaltungsarbeiten durchzuführen.

Im Kraftwerk Simmering wurden bei den bestehenden Kraftwerksblöcken, wie in den Jahren vorher, zusätzlich zum Kraftwerksbetrieb diverse Revisionen und Reparaturen durchgeführt und Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Betriebssicherheit gesetzt. So mußten die Blöcke 1/2, 3 und 5 einer Revision unterzogen werden. Beim Blockkraftwerk 1/2 wurde beim Kessel neben den Revisionsarbeiten an der Hochdruck-Umleitungsstation, den Mitteldruck-Sicherheitsventilen sowie Regelventilen und Reparaturarbeiten an Brennern und Rauchgasklappen auch die Planungstätigkeit für die Nachrüstung mit Zusatzfrischlüfter, Denox-Anlage und Rauchgasreinigung aufgenommen. Bei der Dampfturbinenanlage wurden umfangreiche Arbeiten zur Erhöhung der Verfügbarkeit und zur Verbesserung der Regelgüte beim Schwachlastbetrieb vorgenommen. Durch einen Kugellagerschaden am Verstellring der Leitschaufelverstellung kam es bei der Gasturbine dieses Blockes zu erheblichen Schaufelschäden an den Verdichterschaukeln; es mußten über 100 Schaufeln erneuert werden. Beim Blockkraftwerk 3 wurden die Generatoren des Dampfturbinen- und Gasturbinensatzes einer Grundinspektion unterzogen. Beim Verdichterlager der Gasturbine traten erhöhte Schwingungen auf, die Verdichterbeschaukelung mußte überprüft werden. Konstruktive Verbesserungen an der Verdichterleitschaufelverstellung waren notwendig. Bei der Rauchgasreinigungsanlage mußte die Beschichtung in den Rauchgaskanälen größtenteils erneuert werden. Ebenso war die Beschichtung des Gasvorwärmers auf der Rohgasseite beschädigt. Vor der Revision wurden Versuche zur SO₂-Reduktion mittels einer Zweistoffdüse gemacht. An der Dampfturbinenanlage war eine Vielzahl an Optimierungs-, Korrektur- und Nachrüstarbeiten vorzunehmen. Im Blockkraftwerk 4 war 1993 keine Revision vorgesehen, die Tätigkeiten beschränkten sich auf die üblichen Wartungsarbeiten. Am Kessel des Blockkraftwerkes 5 waren Sanierungsarbeiten am Mauerwerk der Brennecken 2 und 3 und an Teilen der Verdampfervorderwand sowie diverse weitere Kontroll- und Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Schadhafte Gaslanzen mußten erneuert werden. Die Turbinenüberwachungsanlage wurde umgebaut, zum Teil erneuert. Das Blockkraftwerk 6 wurde auf Grund der Auflagen aus dem Gewerbebescheid für das Blockkraftwerk 3 per 1. August 1993 stillgelegt. Umfangreiche Sanierungsarbeiten waren an den Einrichtungen der Kühlwasserversorgung vorzunehmen. Feinrechen im Pumpenhaus 1 und Siebbandanlagen waren zu reparieren, die Reinwasserversorgungsanlage mußte erneuert werden. Die Automatisierungs- und Adaptierungsarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung der Zentralwarte für die Nebenanlagen konnten abgeschlossen werden. Ein Schaden an der Pipeline zwischen den Kraftwerken Simmering und Donaustadt konnte behoben werden. Mehr als 5.000 Interessenten besuchten das Informationszentrum des Kraftwerkes Simmering.

Im Kraftwerk Donaustadt wurde das Blockkraftwerk 1 1993 einer Revision unterzogen. Bei der Bensonkesselanlage wurde der Dichtkasten zwischen Kesselverdampfer und Wandüberhitzer instandgesetzt, neue Erdgasdüsen wurden für eine zusätzliche NO_x-Reduzierung eingebaut. Bei diversen Rohrleitungen wurden wiederkehrende, zerstörungsfreie, metallografische Untersuchungen durchgeführt. Riß- und Ultraschallprüfung sowie eine Farbeindringprüfung an den Schweißnähten der Rohrleitungen waren gemeinsam mit dem Technischen Überwachungswesen vorzunehmen. Sämtliche Kessel- und Absperrarmaturen mußten überprüft werden. Bei der Turbine waren alle Lager sowie die Sicherheits- und Regeleinrichtungen zu überholen und neu einzustellen. Bei der Kesselspeisepumpenanlage wurde eine Betriebsinspektion durchgeführt, bei sämtlichen Druckbehältern und Speisewasservorwärmern waren die behördlich vorgeschriebenen Druckproben notwendig. Der Generator wurde einer Großrevision unterzogen. Die Ultraschallprüfungen der Lager, Läuferkappen und Läuferkeile, die Dichtheitsprüfung der radialen Stromzuleitungen beim rotierenden Gleichrichterrad, die Überprüfung der Notverschlußkeile am Stator sowie die von der Bundesversuchsanstalt Arsenal durchgeführten Isolationsuntersuchungen ergaben ein zufriedenstellendes Bild des Gesamtzustandes. Bei den Leittechnikerarbeiten lag der Schwerpunkt bei der Fortsetzung des Austausches der Analoggeberschränke und des Blockrechners. Hauptaugenmerk lag auch auf einer optimalen Visualisierung des Prozeßgeschehens durch Anlagenbilder. Beim Blockkraftwerk 2 ist die nächste Hauptrevision im Jahr 1994 vorgesehen, 1993 wurden nur Reparaturarbeiten und Überprüfungsarbeiten geringen Umfangs vorgenommen. Bei der Ammoniakanlage wurden sämtliche Armaturen überprüft. Die erforderlichen Wartungsarbeiten wurden vom Eigenpersonal durchgeführt. Im Bereich der Hilfskesselanlage wurde der Kondensatsammler erneuert. In der Vollentsalzungsanlage

mußten einige Absperrklappen und Entlüftungsleitungsstücke erneuert werden. Im Lagerraum für Säuren und Laugen wurde eine Be- und Entlüftungsanlage installiert.

Im Kraftwerk Leopoldau wurde an der Gasturbine die planmäßig vorgesehene Revision durchgeführt. Bei der Turbine wurden die Undichtheiten beim turbinenseitigen Lager sowie im Bereich des Gehäuse-Flansches behoben. Die maschinenbaulichen (Ölschnellschlußventil, Ölkugelhähne, Hauptöldröseln) und leittechnischen Ergänzungen sowie Optimierungen in der Brennersteuerung für den Brennstoffmischbetrieb (Öl/Gas) konnten vorgenommen werden. Weiters wurden Ergänzungen am Gasturbinenregler vorgenommen, die aus Erkenntnissen des Inselbetriebes im Vorjahr resultieren. Zusätzlich zu den routinemäßigen Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten an den leittechnischen Anlagen waren Erweiterungen in der Fernwirkanlage und im Kesselschutz durchzuführen. Umfangreiche Revisionsarbeiten waren auch an der Abhitzeesselanlage erforderlich, an der Ammoniakanlage konnten die Wartungsarbeiten vom Eigenpersonal bewerkstelligt werden.

In den Umspann- und Unterwerken wurden im Jahr 1993 die Errichtung neuer Anlagen sowie der Umbau und die Revision an bestehenden Anlagen fortgesetzt. Für das Bauvorhaben im Umspannwerk Enzesfeld wurde die Montage der neuen 110-kV-Freiluftanlage sowie der Umbau im Bereich der Warte bestellt. Über die Erneuerung der 20-kV-Anlage soll erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Hausinterne Planungsarbeiten konnten 1993 zum Abschluß gebracht werden. Die Planungsarbeiten für den Umbau des Umspannwerkes Eisenstadtplatz wurden abgeschlossen und die elektrischen Anlagen wie 110-kV-SF₆-Anlage, 3 Stück 110/10-kV-Regelleistungsumspanner 40 (48) Multivoltampere (MVA) und die Warteneinrichtung bestellt. Mit den Umbauarbeiten kann Mitte 1994 begonnen werden. Mit dem Ausbau eines 110-kV-Schaltfeldes für die Kabelverbindung zwischen den Umspannwerken Handelskai und Weißgerber wurde im September begonnen. Außerdem erfolgte die Erneuerung der elektrischen Schutzeinrichtungen. Für die Umsiedlung der Ausstellung „Der Stromkreis“ vom Technischen Museum in die Kaunitzgasse wurde mit der Adaptierung der SF₆-Halle für Ausstellung und Auditorium im Juni begonnen. Als voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist der März 1994 vorgesehen. Für den Tausch der beiden 110-kV-Kabelsysteme zwischen den Umspannwerken West und Kendlerstraße wurden sowohl die Kabelendverschlußgerüste als auch Teile der 110-kV-Kabeltassen erneuert. Am 26. September 1993 konnte der erste Bauabschnitt der Neuerrichtung der 20-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Kaiserebersdorf mit den erforderlichen Hilfsbetrieben in Betrieb genommen werden. Dieses Umspannwerk ist das erste nur mit Bildschirmsteuerung von der Steuerstelle ausgeführte Umspannwerk. Mit den Umbauarbeiten der 10-kV-Anlage und der Warte im Umspannwerk Klosterneuburg wurde im September 1993 begonnen. Die Anlieferung der neuen 10-kV-Anlage ist für März 1994 vorgesehen. Ende Oktober wurde das neue Fernwirkssystem im Umspannwerk Leopoldau mit der zugehörigen Kopfkomponeente in der Steuerstelle Nord in Betrieb gesetzt. Die 110-kV-SF₆-Anlage und die neue Warte im Umspannwerk Liesing wurden im Juni 1993 in Betrieb genommen. Die Umstellung der Umspanner in die neuen Boxen wurde abgeschlossen und eine 110-kV-Gruppe der alten 110-kV-Freiluftanlage abgetragen. Die defekt gewordene Betriebs-(Umschalt-)Automatik im Umspannwerk Neubad mußte wegen nicht mehr lieferbarer Ersatzteile erneuert werden. Die neue Automatik wurde vom Eigenpersonal errichtet. Nach Inbetriebnahme der neuerrichteten Druckluftanlage im Umspannwerk Nord erfolgte 1993 die Inbetriebnahme des neuerrichteten Notstromdieselaggregates. Der MA 35 wurde das von ihr verlangte EMV-Gutachten (Elektromagnetische Verträglichkeit) bezüglich der Neuerrichtung der 380-kV-Anlage übermittelt. Bei der Verhandlung am 1. Dezember gab es von den Anrainern keine Einwände. Für die 110-kV-Anlage im Umspannwerk Penzing wurde die Erweiterung um ein Kompensationsdrosselfeld für die aus dem Umspannwerk Eisenstadtplatz zu überstellende Kompensationsdrosselspule bestellt. Für die Umspannerabzweige und die 10-Trennerkupplung wurden 10-kV-Vakuumleistungsschalter ausgeschrieben. Für die 110-kV-SF₆-Anlage wurde die Erweiterung um ein Kabelfeld für die Verbindung Umspannwerk Weißgerber-Umspannwerk Handelskai bestellt. Die aus dem Umspannwerk Heiligenstadt und dem Umspannwerk Ottakring freigewordenen, von 25–200 A regelbaren, 10-kV-Petersenspulen wurden im Umspannwerk Weißgerber als Petersenspulen 2 und 3 im September in Betrieb genommen. Zur 10-kV-Petersenspule 4 wurde die freigewordene Petersenspule 2 gestellt und diese parallel geschaltet. Im Umspannwerk West wurden zwei neue 10-kV-Petersenspulen bestellt und in Betrieb genommen. Die beiden ursprünglich vorhandenen Spulen wurden in die Umspannwerke Heiligenstadt und Ottakring überstellt und dort in Betrieb genommen. Ab September 1993 mit dem Umspannwerk Kaiserebersdorf in der Steuerstelle Favoriten und ab Ende 1993 mit dem Umspannwerk Leopoldau in der Steuerstelle Nord wurden erstmals Umspannwerke mit Bedienoberflächen nur mit Bildschirm (ohne Mosaik) ferngesteuert. Dazu mußte für die bei WIENSTROM untypisch großen Anlagen eine den speziellen Betriebsführungsaufgaben entsprechende gänzlich neue Bedienoberfläche geschaffen werden. Der Umbau der Tonfrequenz-Rundsteueranlagen (TRA) auf 183 Hz und Paralleleinpeisung wurde 1993 in folgenden Umspannwerken fortgesetzt:

Es wurden 3 Zellen im Umspannwerk Neubad, 2 Zellen im Umspannwerk Josefstadt und 2 Zellen im Umspannwerk Ottakring in Betrieb genommen. In den Umspannwerken Gaudenzdorf, Handelskai, Speising, Zedlitzhalle und Leopoldau sowie im Wasserkraftwerk Opponitz wurden die 110-kV-Leistungsschalter revidiert. Mit dem Einbau von Durchlaufschutzeinrichtungen für die Antriebe der Stufenschalter und mit dem Einbau von Absteuerungen für die Ölpumpen nach Buchholzauslösung wurde bei den Regelumspannern begonnen. Die Arbeiten werden 1994 fertiggestellt. Für den Umbau des Wasserkraftwerkes Opponitz wurden die Ausschreibungen und Bestellungen für 3 Turbinen, 3 Generatoren einschließlich Steuerung und Sekundäreinrichtungen sowie des Verteilrohres durchgeführt. Für

die Verlängerung der Linie U3 nach Westen ist ein Unterwerk, für die Verlängerung nach Osten sind zwei Unterwerke erforderlich. Die elektrischen Anlagen für diese drei Unterwerke wurden ausgeschrieben.

Die Fertigstellung des U-Bahn-Unterwerkes Westbahnhof erfolgte termingemäß am 29. März. Am 8. September wurde im Umspannwerk Thury die unter Verwendung der aus dem Umspannwerk Landstraße stammenden Schaltfelder aufgebaute 10-kV-Schaltanlage nach Revision der 10-kV-Leistungsschalter mit den erforderlichen Hilfseinrichtungen (Eigenbedarfsanlagen, Schutzeinrichtungen, Fernwirkgerät) dem Betrieb übergeben. Am 22. Februar wurde der Gleichrichterstützpunkt Rampengasse 1 durch einen Brandschaden zerstört. An seiner Stelle wurde der transportable Gleichrichterstützpunkt aufgestellt. Die 10-kV-Schaltanlagen der Unterwerke Allgemeines Krankenhaus und Goldschlagstraße wurden im Zuge der Adaptierung der U6-Stammstrecke um ein bzw. zwei Schaltfelder erweitert. Die Planung des Unterwerkes Alsergrund bzw. des darüber befindlichen Bürogebäudes ist abgeschlossen und die elektrischen Anlagen (10-kV-Anlage, Gleichrichteranlage einschließlich Umspanner) sind bestellt. Der Baubeginn verzögert sich noch, da der Mieter im Altgebäude noch nicht abgesiedelt werden konnte. Der Gleichrichterstützpunkt Bahnhof Brigittenau wurde umgeplant und nochmals eingereicht. Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich 1994 erfolgen. Für den Gleichrichterstützpunkt Rudolfsheim wurde eine Standortänderung im Gleichrichterstützpunkt Eichengasse vorgenommen. Ein genauer Aufstellungsplatz für den Stützpunkt wird noch gesucht. Die Inbetriebnahme soll 1994 erfolgen. Vier Gleichrichterstützpunkte für die Verlängerungen der Straßenbahnlinien 25 und 71 wurden 1993 ausgeschrieben. Im Schulungs-, Übungs- und Testzentrum von A/4 wurde die 3. und vorerst letzte Ausbaustufe fertiggestellt. Es umfaßt nun zwei simulierte Umspannwerke und ein Unterwerk mit 3 Bedienungsoberflächen, Mosaik, Ein-Schirm-Semigraphik und Zwei-Bildschirm-Vollgraphik (Steuerstellenarbeitsplatz), mit denen ein dynamischer Betrieb mit und ohne Störfälle geführt werden kann. Außerdem wurde ein Schulungsraum mit audiovisuellen Einrichtungen (Video, Overhead- und Diaprojektion) und diverse Nebenräumen eingerichtet. Der Schulungsbetrieb läuft mit regelmäßigen (wöchentlichen) Terminen seit Anfang 1992, der zusätzliche Übungsbetrieb (zweimal wöchentlich) seit September 1993.

Die Betriebsführung der kalorischen Kraftwerke von WIENSTROM war durch die extrem hohe hydraulische Erzeugung in Österreich geprägt, so wurden z. B. im November 1993 110 GWh an Sonderlieferungen von der Verbundgesellschaft (VG) übernommen, was es bisher noch nie gegeben hat. Insgesamt wurden 1993 mehr als 1.000 GWh außerhalb des Energielieferungsvertrages an Sonderlieferungen übernommen. Zur Aufrechterhaltung der Betriebs- und Versorgungssicherheit in den Träger- und Verteilnetzen von WIENSTROM ist die sorgfältige Planung, Durchführung und Koordinierung der Revisionsprogramme, in denen oft sehr kurzfristig nicht vermeidbare Abschaltungen im Zusammenhang mit U-Bahn- und Straßenbau unterzubringen sind, sehr wichtig. Es waren spezielle Sonderschaltungen für den Neubau und die Inbetriebnahme des Umspannwerkes Liesing, für die Neuverlegung der 110-kV-Kabelverbindungen und die Außerbetriebnahme der alten Kabelverbindungen zwischen den Umspannwerken West und Kandlerstraße notwendig. Auch für die Leiterseilsanierung der Freileitung vom Umspannwerk Bisamberg nach Kritzendorf und für die Behebung von Fehlern am Cross-Bonding-System der 380-kV-Kabelverbindung von Simmering nach Kandlerstraße war die Koordinierung der diversen Abschaltprogramme erforderlich. Darüber hinaus mußten die Schaltungen für Inselbetriebsversuche geplant, durchgerechnet und durchgeführt werden.

Betreffend Leitungsnetze und Netzstationen wurden an den Systemen 501, 505 und 508 (380 kV) Revisionen durchgeführt. Am System 505 wurden an zwei Stellen Cross-Bonding-Kabelfehler geortet und behoben. Ein Kabelfehler war durch eine Beschädigung durch den vorangegangenen Straßenbau verursacht worden. Am System 508 wurden Kabelmantelfehler geortet und repariert. Bei Kanalanschlusarbeiten wurde beim System 509 das Lichtwellenleiter-Schutzkabel beschädigt. Auch hier waren Reparaturarbeiten erforderlich. Für den Freileitungsteil der 380-kV-Nordeinspeisung wurden Behördenverfahren mit den zuständigen Naturschutzbehörden in Niederösterreich abgehalten, die zur Variantenprüfung „Königsbrunn“ geführt haben. In weiterer Folge wurden Gespräche mit den Gemeinden Enzesfeld (für Königsbrunn) und Hagenbrunn fortgesetzt. Darauf folgend wurden mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Vorverfahren mit den niederösterreichischen Behörden und Gemeinden sowie Wiener Behörden und der Bezirksvorsteherung des 21. Bezirkes geführt. Das 110-kV-System 101/8 konnte nach dem Kabeltausch für die Hebung der Nordwestbahnbrücke im Jänner wieder in Betrieb genommen werden. Die Systeme 101/5 und 101/7 wurden im Bereich der Nordwestbahnstraße für Straßenbauarbeiten im April und Mai umgelegt. An den Niederdruckölkabelsystemen 101/4, 142/3 und 106/3 wurden Ölfehler festgestellt, geortet und behoben. Beim System 106/3 mußten 108 m Kabel der Phase T getauscht werden. Für die Inbetriebnahme der neuen 110-kV-SF6-Schaltanlage des Umspannwerkes Liesing wurden die erforderlichen Kabellegungen durchgeführt. Die Niederdruckölkabelsysteme 103/3 und 107/1 wurden im April außer Betrieb genommen und teilweise entsorgt bzw. totgelegt. Nach Abschluß der Verlegearbeiten konnten die beiden Systeme als VPE-Kabelsysteme im Oktober wieder in Betrieb genommen werden. Das zugehörige LWL-Schutzkabel wurde verlegt. 3.000 m Systemlänge des VPE-Kabelsystems 144/0 wurden verlegt. Die Inbetriebnahme ist nach Verlegung der fehlenden zwei Längen für Juli 1994 vorgesehen. Das Niederdruckölkabelsystem 105/6 wurde wegen bestehender Ölfehler am 27. Oktober 1993 außer Betrieb genommen und notwendige Entsorgungsmaßnahmen durchgeführt. Die Systeme 109/2 wurden im August in 20, Othmargasse, das System 105/4 in 12, Eibesbrunnergasse, und das System 143/1 in 22, Großenzersdorfer Straße, beschädigt. Alle Beschädigungen erfolgten bei Bauarbeiten anderer Einbautendienststellen. Die Behebung der Kabelfehler wurde jeweils umgehend durchgeführt. Am 3. März 1993 ist ein Sportflugzeug beim Landeflug auf den

Flughafen Bad Vöslau in das Erdseil der 110-kV-Freileitung zwischen den Umspannwerken Traiskirchen und Enzesfeld geflogen und abgestürzt. Hierbei wurde das Erdseil abgerissen und die beiden benachbarten Stahlgitter-Tragmaste sehr schwer beschädigt. Die Tragmaste Nr. 28 und Nr. 29 wurden erneuert, ein neues Erdseil mit Luftwarnkugeln aufgelegt. In Niederösterreich wurde zur Entlastung des Umspannwerkes Liesing die Kabellegung (20 kV) im Bereich der Gemeinde Maria Enzersdorf in Richtung Schalthaus Perchtoldsdorf fortgesetzt. In den Gemeinden Guntramsdorf, Zillingdorf, Enzesfeld, Neufeld a. d. Leitha, Ebreichsdorf und Unterwaltersdorf mußten umfangreiche Freileitungsverkabelungen mit Einbindung neuer Stationen durchgeführt werden. In der Gemeinde Brunn/Gebirge wurde das Siedlungsgebiet „Stierwiese“ mit einer Fläche von 77.000 m² durch eine 20-kV-Umspanneranlage erschlossen. In der Ybbstalgemeinde Hollenstein mußte eine 20-kV-Freileitung verkabelt werden. Am Hochkar ging für den neuen B-Lift „Leckerplan“ eine Trafostation in Betrieb. Im Umspannwerk Kaiserebersdorf wurden 20-kV-Kabellegungen für die neue 20-kV-Schaltanlage (1. Teil) durchgeführt. Für die Wiener Messe AG im 2. Bezirk, die veterinärmedizinische Universität im 22. Bezirk, die Firma Spardat im 11. Bezirk und die Bürocity Wienerberg im 10. Bezirk waren umfangreiche Kabellegungen notwendig.

1993 wurden im Kabel- und Freileitungsverteilsnetz 101 Netzumspanneranlagen neu in Betrieb genommen. Bei diesen 101 Trafostationen betrug der Anteil an Beton-Fertigstationen 40. Aufgelassen wurden 71 Stationen. Für diese Montagetätigkeit war die Produktion von 667 10-kV- und 246 20-kV-Schaltzellen notwendig. Ebenso wurden 1.750 Niederspannungs-Schaltfelder hergestellt. Neben einem weiter ansteigenden Bedarf an Transformatoren ist die vermehrt notwendig werdende Reparatur von Transformatoren aufzuzeigen, die sowohl in den Anlagen (127) als auch am Prüffeld in Form von Filtrierungen und Öltäuschen mit Vakuieren bzw. Dichtungsarbeiten (228) durchgeführt werden. Im Zuge des Einbaues von Kontaktthermometern in Transformatoren werden schrittweise in allen Netzstationen Überwachungsgeräte montiert. Diese ermöglichen durch Ausnützung des Wärmehaushaltes eine bessere Auslastung der Netztransformatoren. In sieben Versuchsreihen wurden Niederspannungsabzweigmuffen sowie Niederspannungsverbindungsmuffen mit Kabel gemäß VDE überprüft. Dabei war auch die Überprüfung der Wiener Stadtwerke WIENSTROM Standardgarnituren und neue Typen von Anschlußkästen sowie Schaltleisten diverser Hersteller enthalten. In einer weiteren Versuchsreihe wurde die Möglichkeit der besseren Auslastung der Niederspannungskabelnetze untersucht. Die Installation der Lichtwellenleiter-Verbindungsstrecke zwischen dem UW West und dem UW Kendlerstraße mit den zugehörigen Ankopplungsgeräten wurde durchgeführt. Das Umschalteprogramm der Sender/Empfänger wurde planmäßig mit Arbeiten an den Anlagen Umspannwerk Josefstadt und Umspannwerk Ottakring fortgesetzt. Die Arbeiten im Umspannwerk Josefstadt und Umspannwerk Ottakring wurden im Planjahr fertiggestellt, im Umspannwerk Michelbeuern wird derzeit noch gearbeitet. Zur Verbesserung der Tonfrequenz-Versorgung waren Arbeiten an den Sendeanlagen der Umspannwerke Süd, Weißgerber, Leopoldstadt, Neubad, Kaunitzgasse und Liesing erforderlich. Es mußten in 64 Fällen Störungen behoben werden. Die neue Telefonanlage ist in Teilbereichen 1993 in Betrieb gesetzt worden.

Ende 1993 waren für die öffentliche Beleuchtung und für Verkehrssignale, Verkehrsleuchten und Verkehrszeichen insgesamt 269.049 Lampen bzw. Leuchtstoffröhren mit einem Anschlußwert von 17,124 MW in Betrieb. Der Jahresstromverbrauch für diese Aufgaben betrug 60.253 MWh. Insgesamt mußten 1.280 m fehlerhafte Erdkabel erneuert und bei 17.439 Störungen 74.266 defekte Lampen getauscht werden. Die Abteilung „B/5-Öffentliche Beleuchtung“ wird mit 1. Jänner 1994 von den Wiener Stadtwerken-WIENSTROM ausgegliedert und der MA 33 angeschlossen.

Fünf Stromtankstellen auf öffentlich zugänglichen Parkplätzen wurden 1993 in Betrieb genommen.

Auf Grund der Behördenauflage, daß nur mehr gereinigtes Wasser mit einem Höchstwert an Gesamtkohlenwasserstoff von 10 mg/l in den Vorfluter abgegeben werden darf, wurden entsprechende Adaptierungen vorgenommen. Da sich das Heizöl S nur schwer trennen läßt, wurde in der Schlamm- und Ölabscheidungskammer eine Heizung eingebaut, um das Trennvermögen zu verbessern (Erhöhung des Dichteunterschiedes zwischen Wasser und Öl). Der Ölabbzug in der Abscheidungskammer erfolgt gezielt durch einen neu installierten Bandräumer. Außerdem wurde über eine freiprogrammierbare Steuerung ein Steuerungs- und Verriegelungskonzept aufgebaut, das über eine UV-Detektion die im Ablauf (Reinseite) vorhandenen Restkohlenwasserstoffe bestimmt. Der Vorteil dieses Systems ist, daß es ohne Extraktionsschritt auskommt und damit die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) eliminiert.

Mit der Entwicklung eines Niederspannungs-Einbauschleifenkastens in voll isolierter, platzsparender Bauweise sowie der auf dieser Grundkonstruktion entwickelten Schaltwand für Niederspannungsräume wurde auch das letzte Niederspannungs-Anschluß- bzw. Schaltelement einer Modernisierung unterzogen.

Nach eingehenden Prüfungen wurden auf den 10-kV- und 20-kV-Spannungsebenen als neue Kabeltypen VPE – Dreileiterkabel in längswasserdichter Ausführung für die Versorgung von Schwerpunktsverbrauchern (Industrieanlagen, U-Bahn usw.) freigegeben. Die hohen Übertragungsleistungen dieser Kabel erlauben eine bessere Ausnützung der Schaltanlagen in den Umspannwerken und einen wirtschaftlichen Energietransport auf der Mittelspannungsebene.

Im ersten Quartal konnte der vorläufige Endausbau des in Mitteleuropa einzigartigen Schulungs- und Testzentrums (SCHÜTZ) auf dem Sektor der Umspannwerksbetriebsführung abgeschlossen werden. Das Zentrum wurde mit einem österreichischen Automatisierungssystem in allen wesentlichen Funktionen durch EW-Personal projektiert und ausgeführt. Es ermöglicht das Schulen und Üben von Normal- und Störungsbetriebsführung mit zwei in allen

wichtigen Funktionen voll simulierten Umspannwerken. Sehr wichtig und mit großen Ersparnissen in finanzieller und zeitlicher Hinsicht verbunden sind die Testmöglichkeiten z.B. auf dem Sektor der Bildschirmsteuerung. Hier wird derzeit schon mit dem Betriebsführungspersonal eine möglichst taugliche Bedienungsfläche gestaltet und auch gleich praktischer Betrieb geübt. In weiterer Folge kann das „SCHÜTZ“ von seinem Raumangebot her auch von anderen WIENSTROM-Abteilungen für Schulungszwecke verwendet werden.

Während der Revision im Blockkraftwerk 1 im Kraftwerk Donaustadt wurde die bestehende, veraltete Analoggeberaufbereitung durch ein neues Leittechniksystem ersetzt. Zusätzlich wurde der Austausch des vorhandenen Blockrechners durch einen SICOMP M76-Rechner und MADAM-S-Software durchgeführt. Zu den bereits vorhandenen Rechnersignalen und -funktionen wurden umfangreiche Neuaufschaltungen von Meßwerten und Binärsignalen vorgenommen. Hauptaugenmerk lag auch auf einer optimalen Visualisierung des Prozeßgeschehens durch Anlagenbilder.

Im Zuge der Bestrebungen des Wiener Lastverteilers, die großen Kraftwerksblöcke des Kraftwerkes Simmering auch in sehr niedrigen Lastbereichen (zu Schwachlastzeiten) weiter im stabilen Erzeugerbetrieb zu halten, zeigte sich die Notwendigkeit von vielfältigen Eingriffen in die bestehende Speisewasserregelung. Auch die geplante Ausrüstung des Blockkraftwerkes 1/2 mit Rauchgasreinigungsanlagen und somit die Aufwertung dieses Blockkraftwerkes sprach für eine Verbesserung und Modernisierung dieses Leittechnikteilsystems. Folgende Teilsysteme wurden modernisiert und verbessert, wobei ein modernes, freiprogrammierbares Prozeßleitsystem (Teleperm ME/A-Fabr.: Siemens) zum Einsatz kam:

- 1) Sämtliche Durchflußmessungen im Speisewasserkreislauf wurden druck- und temperaturkompensiert aufgebaut, um einheitliche und vergleichbare Werte und Anzeigen zu erhalten.
- 2) Die Speisewasserführungsregelung einschließlich der Ventil- und Pumpenregelung wurde nach neuesten Erfahrungen und Erkenntnissen dieses speziellen Zweiges der Regelungstechnik aufgebaut (Erkenntnisse aus der Inbetriebsetzung des neuen BKW 3 sind eingeflossen).

Es wurde eine lastabhängige Einspritzwasser/Speisewasser-Verhältnisregelung einschließlich Enthalpieeinfluß (Einfluß der Wärmemenge bei Druck- und Temperaturkonstanz) realisiert, wodurch einerseits die HD-Temperaturregelung immer im entsprechenden Regelbereich gehalten wird, andererseits schnelle Laständerungen oder Brennstoffstörungen über den Enthalpieeinfluß rasch ausgeregelt werden können. Weiters wurden zum Zwecke des Erreichens einer besseren Regelgüte beim Anfahren und im Schwachlastbetrieb des Blockes eine Reglerstrukturumschaltung zwischen Umwälz- und Bensonbetrieb neu konzipiert. Auch die Umwälzregelung, die die Aufgabe hat, das im Wasserstandsgefäß („Flasche“) anfallende Wasser wieder in den Kessel einzuspeisen, um den Verdampferdurchfluß zu gewährleisten, wurde erneuert (einschließlich Mindestmengenregelung). Als weiterer Vorteil dieser Innovation kann angeführt werden, daß die bisher eingesetzten elektronischen Baugruppen des Regelsystems „Teleperm C“, für die Ersatzteile kaum noch erhältlich sind, nunmehr als Reserveteile für die verbleibenden Blockregelungen eingesetzt werden können.

Für die computerunterstützte Zählererfassung nach wirtschaftlichen Grundsätzen wurde von der Abteilung Zählerdienst das Bar-Code-System eingeführt. Bei der Zählerreparatur werden die in der Abteilung angefertigten Klebeschilder mit dem Bar-Code der Zählernummer und dem neuen Logo auf die Typenschilder der Zähler geklebt. Die Zählerfirmen wurden angehalten, neue Zähler mit dem Bar-Code-Aufdruck am Typenschild zu versehen. Die Zählerabteilung von WIENSTROM hat das Bar-Code-System bei Elektrizitätszählern als erste in Österreich eingeführt. Neben der Anwendung bei der Zählerverwaltung im Lager und bei der Zählereichung ergeben sich in späterer Folge Vorteile bei der Zählerablesung mit mobilen Datenerfassungsgeräten.

In der Abteilung C/3 wurde im vierten Quartal 1993 das Pilotprojekt „AMDES – Automatic Meter Data Exchange System“ gestartet. Das ist ein technologisch richtungweisender Pilotauftrag, um eine Daten- und Steuerkommunikation zwischen 400 Konsumenten und einer bei WIENSTROM installierten Zentrale über das bestehende Stromversorgungsnetz zu ermöglichen.

Wie alljährlich war beim kaufmännischen Dienst auch der Beginn des Referenzjahres 1993 durch die Erstellung des Jahresabschlusses 1992 geprägt. Allerdings mußte beim Jahresabschluß 1992 den Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes nunmehr im vollen Umfang Rechnung getragen werden. Da nach Auffassung der die Wiener Stadtwerke beratenden Wirtschaftstreuhandgesellschaft KPMG-Austria die volle Strenge des Rechnungslegungsgesetzes zur Anwendung zu bringen ist, ergaben sich vor allem auf dem Rückstellungssektor markante Veränderungen gegenüber der Bilanzierung der Vorjahre. Dies betrifft insbesondere die weitere Behandlung der Pensionsrückstellung. Diese wurde bekanntlich im Jahre 1987 auf Grund der vom Gemeinderat beschlossenen Aufhebung der Pensionsentlastung durch die Hoheitsverwaltung im Rechnungsabschluß 1987 erfolgsneutral, d. h. lediglich als Passivbestandsgröße, in der Bilanz mit einem Betrag von rund 2.683 Millionen Schilling zur Abdeckung der Anwartschaft nur für die Aktiven zum Ansatz gebracht. Sie ist schließlich in den Folgejahren durch erfolgswirksame und BAB-kostenwirksame Dotierungen bis zum 31. Dezember 1991 auf rund 5.575 Millionen Schilling angewachsen. Für den Jahresabschluß 1992 ergab sich auf Grund der nach Ansicht der KPMG-Austria für die Wiener Stadtwerke als ein in das Firmenbuch eingetragenes Unternehmen anzuwendenden Strenge des Rechnungslegungsgesetzes die Problematik der Erfassung auch der „Altpensionisten“. Demgemäß wurde im Anhang als Bilanz erläuterung angemerkt, daß in Befolgung des Rechnungslegungsgesetzes ab dem Rechnungsabschluß 1992 Rückstellungen sowohl für die laufenden Pen-

sionen als auch für Pensionsanwartschaften zu bilden sind und damit auch für jene ehemaligen Bediensteten, die vor dem Stichtag 31. Dezember 1987 in den Ruhestand getreten sind, mittels einer entsprechenden Rückstellungsdotierung vorgesorgt werden muß. Der Fehlbetrag, der sich aus der erstmaligen Berücksichtigung der Altpensionisten bei der Pensionsrückstellung insgesamt ergab, lag bei 4.267 Millionen Schilling und wurde dotierungsmäßig gemäß Artikel X, Abs. 3 des Rechnungslegungsgesetzes über 20 Jahre verteilt. Da der auf die Altpensionisten entfallende Dotierungsanteil von rund 402 Millionen Schilling gegen die Freie Rücklage erfolgswirksam aufzulösen war, wurde zwar das Ergebnis der Erfolgsrechnung nicht beeinflusst, aber die Eigenkapitalbasis der Bilanz geschwächt. Um die negativen Konsequenzen aus der nur erfolgs- aber nicht auch kostenmäßigen kompensatorischen Wirkung der Rücklagenauflösung für den Dotierungsanteil der Altpensionisten an der Pensionsrückstellung in der Kostenrechnung zu vermeiden, wurden von der Betriebswirtschaftlichen Abteilung nach Fertigstellung des bücherlichen Jahresabschlusses Umkontierungen vorgenommen, um die Rücklagenaufösungen im Betriebsbereich kompensatorisch zur Rückstellungsdotierung wirksam werden zu lassen. Damit wurde sichergestellt, daß die Kostenstellen des Betriebsbereiches und die Kostenträgerrechnung von der Dotierung für die Altpensionisten nicht belastet werden. Im Rahmen des Konzessionsverfahrens für das anteilige niederösterreichische Versorgungsgebiet wurden anlässlich des Entzugsbescheides des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung für die Abfassung des Devolutionsantrages an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie für die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof die wesentlichen kaufmännischen Argumente formuliert. Hierbei wurde betont, daß die Angemessenheit des Übergabewertes für das Niederösterreich-anteilige Anlagevermögen insofern das Kernproblem des Entziehungsverfahrens darstellt, als das niederösterreichische Elektrizitätswesengesetz auf die volkswirtschaftliche Rechtfertigung einer ausgewogenen Versorgungsstruktur abstellt und folglich ein wirtschaftlich vertretbarer Versorgungsübergang einerseits ein realistisches Kostensenkungspotential des Übernehmers und andererseits einen angemessenen Übergabepreis, der kein Strompreiserhöhungserfordernis beim Übergeber auslöst, zur Voraussetzung hat. Abschließend sei auf die auch im Bereich der Kaufmännischen Gruppe von der Firma EWI vorgenommenen Erhebungen für eine Organisations- und Betriebsanalyse hingewiesen, die mit der Übersendung zahlreicher und umfassender Unterlagen betreffend Jahresabschlüsse, Kostenrechnungen (BAB), Budgetwesen, Geschäftsberichte, betriebswirtschaftliche Statistiken usw. ihren Ausgang genommen und mit Interviews in der Kaufmännischen Gruppe ihre Fortsetzung gefunden hat. In Ergänzung zu diesen Erhebungen wurden zwecks Schnittstellenanalyse auch von der Firma Roland Berger & Partner Interviews eingeholt, die in der Folge von Interviews durch den Unternehmensberater Nelson – allerdings nur im Falle der Kaufmännischen Gruppenleitung und den Abteilungen E1 (Hauptbuchhaltung, Detailbuchhaltung, Steuerangelegenheiten) und E3 (Verrechnungsstelle für sonstige Lieferungen und Leistungen, Versicherungsangelegenheiten) – begleitet wurden. Die Abteilung E1a (Betriebswirtschaft, Statistik, Büromaschinenreferat) und E3 standen für zusätzliche problembezogene Interviews zur Verfügung. In der Abteilung E1a wurde beispielsweise auch der Firma Roland Berger & Partner das Budgetwesen auf dem Instandhaltungs- und Fremdleistungssektor in seinem Ist-Zustand, der in den anfänglichen EWI-Studien nicht voll zum Ausdruck gekommen ist, erläutert. Andererseits sah sich die Abteilung E3 veranlaßt, der Firma EWI durch zusätzliche Interviews die Problematik der Verrechnung von Baukostenzuschüssen einschließlich der damit zu integrierenden Prima-Nota-Buchungen darzustellen. Im übrigen konnten von der Abteilung E3 durch bedeutsame Unterstützung des Rechenzentrums bei den vor rund 2 Jahren in Angriff genommenen EDV-Implementierungen weitere Fortschritte erzielt werden. So konnte durch die EDV-mäßige Übernahme der gesamten Debitorenbuchhaltung der Jahresabschluß 1992 bereits maschinell durchgeführt werden. Durch weitere maschinelle Integrations Schritte ist es nunmehr gelungen, die gesamte Baukostenzuschußverrechnung in der Abteilung E3 EDV-mäßig zu gestalten.

Ausgelöst durch die österreichweite Einführung von neuen Zahl- bzw. Erlagscheinen (zwei- statt dreiteilig) mußte im Kaufmännischen Kundendienst der EDV-mäßige Eindruck zur Gänze neu programmiert werden (jährlich gelangen rund 3,2 Millionen Zahlscheine zum Versand). Das unterschiedliche Mahnsystem bei Kunden, die die Rechnungen durch den Kassier bzw. durch die Post zugestellt erhalten und dann nicht rechtzeitig bezahlen, wurde vereinheitlicht. 1993 wurden rund 92.000 Ummeldungen von Wohnungs- bzw. Gewerbeanlagen sowie rund 20.000 Zwischenabrechnungen durchgeführt. Etwa 132.000 Geldanweisungen waren erforderlich; rund 604.000 Buchungsbelege, die nicht über EDV-Sammelbänder erfaßt werden konnten, wurden den betreffenden Kundenkonti zugeordnet und verbucht. Im Kundenzentrum sprachen rund 111.000 Konsumenten persönlich vor, postalisch langten rund 31.000 Kundenwünsche bzw. -anfragen ein.

Die Abteilung für Marketing, rationelle und innovative Stromanwendung war 1993 vorwiegend mit der Durchführung von Marketingaktionen und mit Projekten im Rahmen der WIENSTROM Energieforschung befaßt. So wurde die im Herbst 1992 angelaufene Image-Kampagne im niederösterreichischen Versorgungsgebiet von WIENSTROM weitergeführt, Direct-Mail-Aktionen für niederösterreichische Bürgermeister, Entscheidungsträger, Elektrofirmen und Großkunden organisiert, bei der Erstellung des WIEN ENERGIE – Energiesparscheckheftes mitgearbeitet sowie die erforderliche Vorbereitungs- und Koordinationsarbeiten im Zusammenhang mit der Umbenennung der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke auf Wiener Stadtwerke WIENSTROM durchgeführt.

Im Rahmen der WIENSTROM Energieforschung wurde gemeinsam mit der Firma ELIN eine Stromtankstelle mit Chipkarten-Verrechnung entwickelt, unter Mitwirkung von ELIN, SOLAR-MOBIL-SERVICE und ARBÖ Wien der Verein ARGE E-MOBIL gegründet, im Zuge des österreichweiten Fotovoltaik-Breitentestes wurden 13 An-

lagen in Betrieb genommen sowie Grundlagen für regeltechnische und laststeuernde Maßnahmen im Großgewerbe erarbeitet.

Im WIENSTROM Beratungszentrum wurden 1993 rund 7.600 Beratungen durchgeführt, eine Sonderausstellung zum Thema FCKW-freie Kühl- und Gefriergeräte und mit WIEN ENERGIE mehrere Solarinformationsabende organisiert. Weiters waren umfangreiche Unterlagen für das am 14. September 1993 erfolgte Tarifhearing mit der Preisbehörde und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zu erarbeiten, redaktionelle Beiträge für Kundenzeitschriften und Zeitungen zu erstellen und eine Reihe von Informationsveranstaltungen mitzugestalten.

In der Abteilung für Stromlieferungsverträge war auch 1993 ein deutliches Ansteigen von Neuausfertigungen und Änderungen bestehender Vereinbarungen zu verzeichnen. Grund hierfür sind sowohl das allgemein zunehmende Energiebewußtsein der Kunden mit Sonderverträgen, aber auch die herrschende Wirtschaftslage. Durch das im September 1993 abgehaltene Tarif-Hearing konnte der seit 1989 als Versuchstarif eingeführte Grüne Spartarif erfolgreich definitiv gesetzt werden. Wirtschaftlichkeitsanalysen bezüglich der Einsatzmöglichkeiten von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in industriellen Großbetrieben wurden hinsichtlich gemeinsamer Realisierung mit den Kunden verstärkt durchgeführt. Auf Grund wachsender Sensibilität der Kunden, nicht zuletzt durch diverse Berichte in den Medien, war auch im Tarifabnehmerbereich intensivste Kundenbetreuung und Tarifberatung unerlässlich. Bei Verrechnung von Baukostenzuschüssen gemäß den Bestimmungen des Anschlußtarifes wurden bis Ende Dezember 1993 rund 34.000 Geschäftsfälle abgewickelt.

Im Bereich des Technischen Kundendienstes für Tarifabnehmer und Zählerdokumentation hat sich die Zahl der in Anlagen befindlichen Zähler im Jahre 1993 von 1.355.083 Stück um 3.135 auf 1.358.218 Stück erhöht. Es wurden 2.717 Speicherstörungen behoben und 4.966 Rundsteuerempfänger in Anlagen überprüft. 1993 mußten 673 Fälle widerrechtlicher Stromentnahmen mit einer Schadenssumme von rund 3,0 Millionen Schilling festgestellt werden.

Durch die Abteilungsleitung wurde der bestehende gute Kontakt zur Wiener Landesinnung der Elektrotechniker weiter durch einige Sitzungen und Vorträge vertieft.

Beim Technischen Kundendienst für Großabnehmer nahmen die Anmeldeleistung, die Anlagenzahl und die Zahl der Ablesungen weiter zu. Die Beratungen bei Sonderabnehmern, M-Tarif-Kunden und Bauprovisorien auf Kundenwunsch (Einführung des Beratungsschecks) stiegen stark an, wobei deren Verbrauchsverhalten (Lastverlauf, Mindestleistung, Blindverbrauch), besondere Verbrauchsarten (E-Küche, Zusatzwärme) geprüft, Registrierungen durchgeführt und die Kunden bezüglich sinnvollen und kostensparenden Energieeinsatzes beraten wurden. Die statischen Registriergeräte wurden bei sämtlichen größeren Neuanlagen sowie als Ersatz für Codedrucker eingesetzt und die Durchführung der Ablesungen den Erfordernissen angepaßt. Ende 1993 waren rund 800 Registriergeräte in Kundenanlagen im Einsatz. Die kundengerechte Registrierdatenauswertung mit Diagrammen wird regelmäßig eingesetzt und findet großen Anklang. Die im Jahr 1990 angelaufene Funktionserweiterung von 2.970 Maximumzählern auf automatische Auslesbarkeit wurde fortgesetzt und wird 1994 abgeschlossen sein. Die automatische Auslesung sämtlicher Zähler der Kundenanlagen bewährt sich im Probetrieb. Ein Feldversuch mit vollstatischen Kombizählern (Wirk+Blind+Maximum) wurde begonnen.

Von der Abteilung für den Betrieb und Ausbau der Ortsnetze wurden im Jahr 1993 der Ausbau und die Erhaltungsarbeiten im 1-kV- und 10-kV-Netz wie in den vergangenen Jahren weitergeführt. Besonders die Verkabelung von alten Freileitungsnetzen verbesserte die Betriebsführung durch verringerte Störanfälligkeit und bot die Möglichkeit, zusätzliche Konsumentenwünsche zu erfüllen. Im Mittel- und Niederspannungsnetz wurden 149 km Kabel und Freileitungen ausgebaut bzw. verstärkt. Im Zuge dieser Arbeiten wurden 2.800 Hausanschlüsse neu hergestellt und 400 Hausanschlüsse verstärkt. Für den Leitungsbau und Kundendienst legten die Fahrzeuge der Abteilung C/5 fast 1,1 Millionen km zurück. Die Zahl der Kundenanlagen betrug am Jahresende 276.655. In der Monteurschule Baden wurde das Ausbildungsprogramm für Lehrlinge und Mitarbeiter fortgeführt. Die Schulungen bezüglich kundenorientierten Verhaltens wurden 1993 weitergeführt. Die Brandschutzübungen, die bei Feuerwehr und Rettungsdienst auf großes Interesse stoßen, wurden auch 1993 in Zusammenarbeit mit internen Abteilungen abgehalten. In der Zählerwerkstätte sind unter anderem rund 50.200 Zähler, 5.104 Rundsteuerempfänger und 590 Bauteile (Eingangskreise, Wähler) repariert und geprüft worden.

Erfreulicherweise ergab sich, wie im Jahr zuvor, wiederum ein Sinken der Zahl an Dienstunfällen. Insgesamt 45 leicht Verletzte und 19 schwer Verletzte mußten registriert werden; die Zahl der Krankentage betrug 1.672.

Im Jahr 1993 wurden 29 Schulungsveranstaltungen mit 956 Teilnehmern durchgeführt.

1993 war ein Brand ohne Feuerwehreinsatz zu verzeichnen. Die Brandursache vom 23. Dezember 1992 im Kundendienstzentrum konnte nicht geklärt werden. Es zeigt sich jedoch, daß der bauliche Brandschutz und die innerbetriebliche Organisation sich voll bewährt haben. Wie im Jahr zuvor wurden in Zusammenarbeit mit C/5-, A/4- und B/4-Übungen und Schulungen mit den Freiwilligen Feuerwehren in unserem Versorgungsgebiet abgehalten. Diese Veranstaltungen trugen wesentlich dazu bei, die Zusammenarbeit mit den Feuerwehren zu verbessern. Alle Brandschutzmaßnahmen wurden den Vorschriften entsprechend laufend kontrolliert.

Gemäß Abfallwirtschaftsgesetz BGBl. Nr. 325/1990 wurde, im Auftrag der Generaldirektion, mit der Firma ÖKO-Wien das Abfallwirtschaftskonzept für WIENSTROM erstellt. Dieses gliedert sich in 5 Teil-Abfallwirtschaftskonzepte auf.

Für den Bereich „gefährliche Abfälle“ gab es keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Büro- bzw. Hausmülltrennung konnte weiter forciert und verbessert werden.

Als autorisierte Prüf- und Versuchsanstalt für Isolier- und Schmieröle führt das Chemische Laboratorium laufend Aufgaben auf dem Sektor Mineralöluntersuchungen durch. Prüfungen werden sowohl für den eigenen Bereich der Wiener Stadtwerke als auch für externe Auftraggeber aus dem Bereich Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Transformatorenherstellung und Isolierölerzeugung ausgeführt, wobei das Gewicht auf der Prüfung der Gebrauchstauglichkeit von neuen und gebrauchten Isolierflüssigkeiten liegt.

Als wesentlicher Schwerpunkt für das vergangene Jahr ist die Fertigstellung des Neubaus sowie Übersiedlung der Abteilung auf das Betriebsgelände Simmering anzusehen. Einer sorgfältigen Planung und großen Bemühungen aller Beteiligten ist es zu verdanken, daß die Übersiedlungsphase sehr kurz gehalten werden konnte, wobei der Betrieb in keiner Phase der Übersiedlung eingeschränkt werden mußte.

1993 wurden mehr als 1.000 Ölproben aus betriebseigenen elektrischen Anlagen auf ihren Gebrauchszustand geprüft und die zur Aufrechterhaltung eines störungsfreien Betriebes erforderlichen Schritte veranlaßt. Zahlreiche Proben wurden gemäß den Anforderungen des Abfallwirtschaftsgesetzes auf Chlor- und PCB-Gehalt überprüft. Für Auftraggeber wurden rund 120 amtliche Prüfzeugnisse erstellt. Darüber hinaus wurden wie bisher sämtliche Konservierungsarbeiten im EW-Bereich laufend kontrolliert. Die Mitarbeit im Vorschriften- und Normungswesen wurde fortgesetzt.

Im Physikalischen Laboratorium wurden in gewohnter Weise für das ÖVE-Zeichen Typenprüfungen, Funkenstörprüfungen und Netzrückprüfungen durchgeführt. Für die VDE-Prüfstelle fanden Werkskontrollen bei Leitungsfirmen statt. An internem Prüfgut wurden, wie jedes Jahr, Eingangs- und Wiederholungsprüfungen durchgeführt. Für C/3 wurden Verteilerkästen geprüft. Es wurden Anlagenprüfungen für die C/5-Betriebsstellen Stammersdorf, Schwechat, Klosterneuburg, Liesing, Purkersdorf, Mödling und für die Monteurschule in Baden durchgeführt. Außerdem wurden für die MA 34 und für die MA 68 Lederhandschuhe und diverse Hilfs- und Schutzmittel überprüft und für die MA 31 Messungen der Übergangswiderstände an Wasserleitungsrohren durchgeführt. Weiters wurden je 20 Stück Dampfreinigungsgeräte, 2 Stück Dampfbügelgeräte und 11 Stück Halogenleuchten für das „Kuratorium für Elektrotechnische Sicherheit“ auf ihre Sicherheit kontrolliert. Routinemäßig wurden die Elektrogeräte, die in den Sanitätsstationen Verwendung finden, kontrolliert. Für die Wiener Stadtwerke- WIENER LINIEN wurden Prüfungen auf Isoliervermögen am WUMAG-Fahrzeug mit Hubdrehkorb durchgeführt.

Der Abteilungsleiter sowie Angehörige der Abteilung nahmen an diversen Sitzungen im In- und Ausland zur Erstellung von Vorschriften und Normen teil.

Umfangreiche Aktivitäten auf dem vielfältigen Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit waren 1993 erforderlich. Für diverse Zeitungen wurden redaktionelle Beiträge erstellt. Dies gilt vor allem für die Kundenzeitschrift der Wiener Stadtwerke „24 Stunden für Wien“ und „24 Stunden Energie“, die Zeitschrift „ÖZE“ des Verbandes der Elektrizitätswerke und die „E-Korrespondenz“. Über den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien wurden zahlreiche Meldungen an die Austria Presse Agentur weitergegeben und gelangten so an alle wichtigen österreichischen Print- und Bildmedien. Im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit um das niederösterreichische WIENSTROM Versorgungsgebiet war der zweite Teil der Imagekampagne durchzuführen. 1993 konnte auch die Zusammenarbeit mit dem ORF intensiviert werden. Zahlreiche Beiträge vor allem in den Sendungen WIR, Wien heute, Mini ZIB, Schilling usw. zeugten von der gelungenen Kooperation. Anlässlich der von WIENSTROM gesponserten Weltumrundung mit einem Elektromobil wurde zu diesem Thema im Mai eine Pressekonferenz abgehalten. Mitte 1993 änderte sich die Unternehmensbezeichnung von Wiener Stadtwerke Elektrizitätswerke auf Wiener Stadtwerke WIENSTROM und dokumentiert damit auch den dynamischen Wandel des Unternehmens.

1993 hat WIENSTROM an der „Energiesparmesse Wels“, „Bauen und Wohnen“ im Messegelände Wien, der „Aktiv Messe“ in Klosterneuburg, „Senior Aktuell“ in der Wiener Stadthalle, dem „Boulevard Landstraße“ im 3. Bezirk, an einem Gemeindebaufest im 2. Bezirk, den „Purkersdorfer Umwelttagen“, dem „Rudolphplatzfest“, dem Wiener „Donauinselfest“, dem Wiener „Ferienspiel“ (Kraftwerk Simmering und Beratungszentrum Mariahilf) und dessen groß angelegtem Eröffnungsfest, dem „Straßenfest der Gemeinde Perchtoldsdorf“, am „Wiener Feuerwehrfest Am Hof“, der „HIT 93“ auf dem Wiener Messegelände, am „Ottakringer Kirtag“, der „VIET“ auf dem Messegelände, an der Ausstellung „Die ökologische Stadt“ im Wiener Rathaus, an der Ausstellung im Rahmen des VGB-Kongresses „Kraftwerke 1993“ im Austria Center und an der Klosterneuburger „Weihnachtsmesse“ teilgenommen.

Im Mai fand eine Umstrukturierung innerhalb der Gruppe B statt. Auf Grund der nunmehr aktuellen Organisation lauten die Abteilungsbezeichnungen folgendermaßen:

B/3: Betrieb und Ausbau der Drehstromnetze Mitte, Bahn-, Fernwirk- und Kommunikationsnetze

B/8: Meßstelle, Betrieb und Ausbau der Schutzeinrichtungen und Tonfrequenzrundsteueranlagen

B/9: Betrieb und Ausbau der Kommunikationsanlagen

Die Abteilung B/5 (Betrieb und Erhaltung der öffentlichen Beleuchtung) wurde mit Jahresende ausgegliedert und der MA 33 unterstellt.

WIENGAS

Der Erdgasbezug der Wiener Stadtwerke lag mit rund 1.777 Millionen m³ NZ um 3,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Davon wurden 1.742 Millionen m³ NZ dem Einsatz (- 0,8 % gegenüber 1992) und 35 Millionen m³ NZ

den Speichern zugeführt. Der Einsatz von WIENGAS belief sich auf 952,4 Millionen m³ NZ und war um 9,8 Prozent höher als im Vorjahr.

Die Abgabe an Tarifabnehmer erhöhte sich um 9,7 Prozent auf 723,8 Millionen m³ NZ und verzeichnete damit eine geringere Zunahme als jene bei den Sonderabnehmern einschließlich Wiederverkäufer. Die Abgabe an diese Verbrauchergruppe erhöhte sich um 10,0 Prozent auf 224,4 Millionen m³ NZ. Der mit Wirksamkeit 1. April 1991 festgesetzte Gastarif konnte unverändert in Kraft bleiben. 1993 lag die tägliche Durchschnittstemperatur an 187 (1992: 198) Tagen unter 120 C, was Gradtagszahlen von 3.168 (1992: 3.016) ergab. Die größte Stundenabgabe an Tarifabnehmer war am 4. Jänner 1993 bei einer Tagesdurchschnittstemperatur von -7,50 C zu verzeichnen. An diesem Tag wurden in der Zeit von 9-10 Uhr 294.100 m³ abgegeben. Die größte Gasabgabe an Tarifabnehmer innerhalb von 24 Stunden ergab sich am 3. Jänner 1993 und betrug 5,824.300 m³. Die durchschnittliche Gasabgabe an Tarifabnehmer belief sich auf 1.036 m³ (1992: 948 m³) je Konsument sowie 441 m³ (1992: 409 m³) je Einwohner im Versorgungsgebiet. Die größte Tagesabgabe an Tarif- und Sonderabnehmer war am 4. Jänner 1993 bei einer Tagesdurchschnittstemperatur von -7,50 C zu verzeichnen. An diesem Tag wurden 6,811.800 m³ abgegeben.

1993 betrug die Jahresdurchschnittstemperatur 10,10 C (1992: 11,30 C).

In der Dienststelle Simmering wurden die vorgeschriebenen Revisionen an Werks- und Betriebsanlagen durchgeführt, für das Rohrlager 875 Formstücke angefertigt. Diverse Schachtabdeckungen wurden angefertigt und repariert. Beim Umbau der Großregelstation Simmering wurden neben der Bauaufsicht diverse Eigenleistungen erbracht. Für die Odorleitung wurde die Gitterträgerkonstruktion angefertigt. An Heizleitungen und betrieblichen Einrichtungen innerhalb und außerhalb von Gebäuden wurden Instandhaltungs- und Änderungsarbeiten durchgeführt, im Reglerhaus diverse stillgelegte Anlagenteile demontiert. Neben den Verlegearbeiten an der neuen Werksgasleitung wurden auch die erforderlichen Grabarbeiten durchgeführt. In diversen Gebäuden wurden die Gasinnenleitungen saniert, in der Großregelstation die Altlastenentsorgung vorgenommen. Die Hochleitung wurde abgebrochen. Diverse Hilfsmittel für den Ausbildungsbetrieb (Referat I/S) sowie 4.190 Rohrstücke für Schulungszwecke mußten hergestellt werden. Für die Abteilung Ib wurden diverse Adapter für die Prüfung von Mauerdurchführungen angefertigt sowie der Umbau bzw. die Anfertigung diverser Prüfkojen und Stellagen durchgeführt. Die Dieselaggregate für die Abteilung IIb wurden gewartet und repariert. Im Rechenzentrum wurden diverse Wartungsarbeiten an der gesamten Haustechnik (Klimaanlage, Heizung, Kühlung und sanitäre Einrichtungen) vorgenommen. Für WIENSTROM wurden diverse Flaschentransportwagen angefertigt. Die elektrotechnischen Einrichtungen, Blitzschutzanlagen und Elektroinstallationen im gesamten Werksbereich wurden einer Revision unterzogen und erforderliche Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Weiters wurden die ortsveränderlichen Elektrogeräte nahezu aller Abteilungen auf Betriebssicherheit überprüft. Die Brennstoffzelle PC-25 mußte gewartet und instand gehalten werden. Die Arbeiten am Meßwertfassungssystem COROS 2000 wurden in Zusammenarbeit mit der Firma Siemens weitergeführt. An den Batterie- und Notstromanlagen sowie an den Alarmeinrichtungen wurden die erforderlichen Überprüfungen vorgenommen. Am Rohrlagerplatz wurden in 25 Waggons (ÖBB) und 297 Lastzügen (LKW mit Anhänger) Rohre, diverse Guß-, Stahl- und PE-Formstücke, Schieber und Armaturen mit einem Gesamtgewicht von 2,342.500 kg angeliefert, technisch geprüft und etwa die gleiche Menge wieder abgegeben. Die Werkstätte für Atemschutz und Betriebsschutz wartete für WIENGAS, Entsorgungsbetriebe Simmering, Heizbetriebe Wien und WIENSTROM 1.607 Atemschutzgeräte, 1.445 Frischluftgeräte und 22 Schutzanzüge. Zusätzlich wurden 609 Gasflaschen gefüllt und 1.218 Gasmasken gereinigt und geprüft. Für WIENGAS, WIENSTROM und die BESTATTUNG wurden 1.915 Handfeuerlöcher gewartet, von der Betriebsfeuerwehr drei Brände im Entstehungszustand gelöscht und weitere 101 technische Einsätze verzeichnet.

Im Werksbereich der Dienststelle Leopoldau wurden Erneuerungen an den Kanälen für die Rohr- und Kabelverlegung vorgenommen, im Heizhaus und Messerhaus an Schieberschächten Erneuerungen bzw. Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, die Schieber V1 und V2 in der Vorregelstation erneuert. Instand gesetzt wurde die Werksbeleuchtung, die Anschlußbahnanlage instand gehalten. Im Werksbereich wurden Einfriedungen instand gesetzt und schadhafte Anstriche ausgebessert. Auf der Mülldeponie Hasswellgasse wurde eine Meßhütte aufgestellt sowie die elektrischen Einrichtungen überprüft. Im Verwaltungsgebäude (Büro, EDV usw.) waren Umbauarbeiten erforderlich. Die für die Errichtung einer Reglerprüfstelle der Abteilung IIIc/R erforderlichen Umbauarbeiten an der ehemaligen GT-Halle wurden abgeschlossen. Im Brunnen 4 wurden Instandsetzungsarbeiten, in verschiedenen Objekten sowie an diversen Betriebseinrichtungen Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt. Defekte Sandwichklappen wurden ausgetauscht und EKN-Klappen eingebaut. Im Zuge diverser Dachsanierungen wurden auch verschiedene Verblechungen und Regenabläufe instand gesetzt, umfangreiche Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Grünflächen mit den erforderlichen Ersatzpflanzungen von Bäumen vorgenommen. Für die Abteilung IIIc/R wurden Schreibpulte, 120 Anfahrstiege sowie 117 Untersteller für Regelstationen angefertigt. Für die Heizbetriebe Wien wurden 32 Klingerventile repariert bzw. umgebaut, für die Abteilung IIIa/V insgesamt 20 Stück Werkzeug- und Akku-Kisten und für die Abteilung IIIc 53 Paßstücke angefertigt. Revisionen und Überholungsarbeiten wurden an den Erdgasbrennern im Heizhaus und den diversen Gebäudeheizungen vorgenommen, neue Installationen im Bereich der CO₂-Messung, der Rufanlage, der Odoreinspeisung sowie der H₂S-Messung durchgeführt. Weiters wurde die neue Simatic für das Datenerfassungsgerät installiert, diverse Hebezeuge und Stahlseile nach den geltenden Ö-Normen überprüft, Schachtabdeckungen für die Abteilung IIIa/V sowie 298 Stück Steck- und Lochscheiben für die Abteilung IIIc/R angefertigt. Für die

Abteilung IVa und die Abteilung IVb sowie für die Abteilungen des Außenbetriebes wurden 820 Gasprüfgeräte überprüft sowie Einzelkomponenten und Bauteile getauscht. An diversen Meß- und Regeleinrichtungen wurden umfangreiche Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten durchgeführt, überprüft und repariert nach den geltenden ÖVE-Vorschriften wurden die Blitzschutzanlagen an acht Gebäuden. An den Erdgas-Regeleinrichtungen der Vorregel-, Hauptregel- und Regelstation der Kugelgasbehälter 1 und 2 wurden Reinigungs-, Revisions- und Einstellungsarbeiten vorgenommen, im Keller des Messerhauses und in der Gasturbinenhalle Demontagearbeiten durchgeführt, für 11 Regleranlagen der Abteilung IIIc Gitterroste hergestellt.

Im Rahmen der Personalabteilung wurden wie alljährlich die das Dienst-, Besoldungs-, Pensions- und Sozialrecht betreffenden Arbeiten erledigt. Bei der Personalplanung für 1994 mußte den vorgesehenen Reduzierungen Rechnung getragen werden. Das Referat „Überprüfung der Arbeitszeitlisten des Außenbetriebes, Büromaterialbedarf“ stellte die Rechtmäßigkeit der von den Abteilungen beantragten Nebengebühren fest, veranlaßte deren Anweisung an die Bediensteten und beschaffte das erforderliche Büromaterial.

Durch die Direktionsärztliche Dienststelle erfolgten 80 Untersuchungen wegen Neuaufnahme und Pensionierung, 4.909 ambulante und physikalische Behandlungen und 64 halbjährliche Untersuchungen nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz.

Die Abteilung Werksküchen und Sozialeinrichtung war weiterhin mit der Führung der Werksküchen und Kantinen von WIENGAS, der Lieferung und Abrechnung kostengünstiger Festbrennstoffe für aktive und pensionierte Bedienstete von WIENGAS und WIENSTROM sowie der Betreuung und Verwaltung der Sozialeinrichtungen der Personalvertretung befaßt.

Die Tätigkeit des Rechtsreferates umfaßte unter anderem wieder die Behandlung von Bestands- und Servitutsverträgen, Schadenersatzforderungen, Versicherungs- und Erdgas-Sonderverträgen. Darüber hinaus erfolgte die Vorbereitung bei Zivilprozessen, Anzeigen an die Staatsanwaltschaft und die Einleitung in Angelegenheiten des Bauwesens, des Denkmalschutzes, des Gewerberechtes und des Verwaltungswesens. Breiten Raum nahm auch die laufende Beantwortung von Anfragen eigener und externer Dienststellen sowie Anfragen von Kunden ein.

Durch den Sicherheitstechnischen Dienst wurden 124 Begehungen von Bau- und Dienststellen durchgeführt und allfällige vorgefundene sicherheitstechnische Mängel behoben. Im Rahmen des Ausbildungswesens wurden 226 Schulungsveranstaltungen mit 3.138 Teilnehmern durchgeführt, 7 Gas- und Wasserleitungsinstallateurlehrlinge im 3. Lehrjahr betreut. Im Bereich des Schweißwesens erfolgte die Ausbildung von 11 Mitarbeitern von WIENGAS für verschiedene Anforderungsklassen. Nachschulungen und Überprüfungen wurden 247mal durchgeführt. Wegen Inkrafttretens einer entsprechenden neuen Europannorm erfolgte die Neuprüfung von 53 bereits nach der bisherigen österreichischen Norm geprüften Schweißern. Weiters erfolgte die Überwachung der Herstellung von 25 Hochdruckzuleitungen und Hausdruckregelanlagen. Auf 68 Baustellen wurden Kontrollen der Schweißarbeiten durchgeführt. Von Bedeutung war auch die Beistellung von zwei Mitarbeitern zur Kunststoffrohrverlegung als Bauleiter auf Baustellen in Sibirien zwischen Juni und Oktober 1993 (insgesamt zwölf Mannwochen).

Von der Abteilung IIc wurden Instandsetzungsarbeiten an elektrischen Einrichtungen, EDV-Installationen und das Service der Telefonanlage ausgeführt. Die Instandhaltung der sanitären Anlagen einschließlich der Durchlauferhitzer und der Heizungen sowie der Küchen- und Kantineneinrichtungen wurde von den hauseigenen Installateuren besorgt. An Schlosserarbeiten wurden Reparaturen an Fenstern und Türen, Service der Zentralsperre, Wartung der Transportwagen sowie Instandsetzungsarbeiten von defekten Sperreinrichtungen beim Mobiliar durchgeführt. Von der Haustischlerei wurden Änderungsarbeiten am Mobiliar und an diversen Einrichtungsgegenständen vorgenommen. Weiters wurden Holzkonstruktionen angefertigt und Holz-Unterböden verlegt. Für Messen und Ausstellungen wurden Einrichtungsgegenstände hergestellt. Im Direktionsgebäude wurden durch Fremdfirmen Baumeisterarbeiten im Raum 104 a und in der Küche, Maler-, Anstreicher- und Tapeziererarbeiten in den Räumen 104a, 421, 422, 423 sowie im 4. Stock in der Kantine und am Gang im Küchenbereich, Elektro- Installationsarbeiten (Garagentorsteuerung, Verteilererweiterung im 3. und 5. Stock und im Raum 320a) sowie die Überprüfung der Elektro- und Blitzschutzanlage sowie Bodenverlegearbeiten im Raum 104a durchgeführt. Erneuert wurden das Garagentor einschließlich Steuerung sowie die Fliesen der Dienststiege im Hof. In der Geschäftsstelle Meidling wurden in den Kellerräumen K2 bis K6 Maler- und Anstreicherarbeiten im Raum 5, 9 und 9a Bodenverlegearbeiten sowie Elektro-Installationsarbeiten (Verteilererweiterung) im 2. Obergeschoß und (EDV-Verkabelungen) im Keller und 2. Obergeschoß vorgenommen. Die Telefonzentrale wurde vom Erdgeschoß in den Keller übersiedelt. Im Kundendienstzentrum Mariahilf wurden diverse Elektroinstallationsarbeiten durchgeführt. Im Quartier der Abteilung IIIa in Maria Enzersdorf/Niederösterreich wurden folgende Arbeiten ausgeführt: Spenglerarbeiten nach Sturmschäden, Erneuerung der Verteiler im Werkstättegebäude sowie Versetzen eines Türstockes. In der Außenstelle der Abteilung IIIc-Wienerbergstraße waren Spenglerarbeiten am Kesselhaus und Bürogebäude, Aufsetzen eines Isolierkamines sowie eine Überprüfung der Elektro- und Blitzschutzanlage erforderlich.

Bei 13 Regleranlagen waren Baumeisterarbeiten erforderlich, bei 5 Anlagen wurden Stromzähleranlagen eingebaut, bei 8 Regleranlagen wurden Spenglerarbeiten durchgeführt. Bei 51 Regleranlagen erfolgte eine Überprüfung der Elektroanlage und bei 80 eine Überprüfung der Blitzschutzanlage.

1993 wurden im Rohrnetz 79.981 m Hauptrohrleitungen neu verlegt; davon 5.926 m Hochdruckrohrleitungen (über 0,1 bar Nenndruck) und 74.055 m Niederdruckrohrleitungen (bis 0,1 bar Nenndruck). Aus Versorgungs- und

Sicherheitsgründen sowie wegen Straßenbauten erfolgte die Wechslung von 103.027 m Hauptrohrleitungen; davon waren 8.743 m Hochdruckrohrleitungen, und 94.284 m Niederdruckrohrleitungen. Die im Jahr 1985 begonnene Verlegung von Rohren aus Kunststoff wurde 1993 mit der Verlegung von 123.812 m fortgesetzt. Im Jahr 1993 wurden 6.510 m Hochdruckrohrleitungen und 2.212 m Niederdruckrohrleitungen, insgesamt also 8.722 m, vorwiegend aus Sicherheitsgründen, außer Betrieb genommen. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes (einschließlich Erdgashochdrucktransportleitungen) betrug Ende 1993 3.163.949 m; davon entfielen 496.199 m auf das Hochdruckrohrnetz und 2.667.750 m auf das Niederdruckrohrnetz. Davon waren 583.172 m aus Kunststoff. Der Rauminhalt des gesamten Rohrnetzes betrug Ende 1993 169.248 m³, wovon 65.522 m³ auf das Hochdruckrohrnetz über 0,1 bar Nenndruck und 103.726 m³ auf das Niederdruckrohrnetz bis 0,1 bar Nenndruck entfielen.

Die Bauaufsicht hat im Hauptrohrnetz 24.108 fremde Aufgrabungen überprüft. Im Zuge dieser Arbeiten wurden an 4.330 Stellen Gashauptrohre und an 7.000 Stellen Zuleitungen freigelegt. Nach Gebrechemeldungen wurden 21 durchgerostete Stahlrohre, 43 Rohrbrüche, 246 undichte Muffen, 402 undichte Zuleitungen, 58 undichte Rohrschellen, 46 undichte Armaturen und 11 sonstige Gebrechen aufgefunden und die Schäden behoben. 1993 erfolgte die Fortsetzung der periodischen flächenmäßigen Überprüfung des Rohrnetzes. Dabei wurden 1.507.970 m Hauptrohr und 206.478 m Hausanschlußleitungen überprüft.

Zur Verbesserung der Kapazitätsberechnung wird laufend die Verbrauchsverteilung zeichnerisch erfaßt. Durch Änderung der entsprechenden Rechenprogramme werden die bestehenden Rechnernetzpläne kontinuierlich auf neue Stadtkarten im Maßstab 1:2000 umgezeichnet. 1993 wurden 42 Pläne 1:2000 und 6 Rechnernetzpläne erstellt. Das Niederdruck-Hauptrohrlegeprogramm wurde rechnerisch nachvollzogen und geprüft. Bei der daraus resultierenden fallweisen Erarbeitung von Vorschlägen zur Änderung der Rohrdimension wurde insbesondere auf bestehende Anschlußverbindungen Bedacht genommen. Im Jahre 1993 wurden 25 Regleranlagen neu in Betrieb genommen, 12 demontiert und 13 umgebaut. Ende 1993 standen 168 Gebietsregleranlagen, 10 Gebiets- und Firmenregleranlagen sowie 245 Firmen- bzw. Wohnungsregleranlagen, insgesamt also 423 Regleranlagen in Betrieb.

Der nutzbare Behälterraum der beiden Hochdruckbehälter in Leopoldau beträgt 240.000 m³, der geometrische Behälterraum 32.000 m³.

Mit Jahresende 1993 verzeichnete WIENGAS in den Untertagespeichern einen Erdgasvorrat von 482,9 Millionen m³ NZ (1992: 447,9 Millionen m³ NZ).

Nach Wirksamwerden des Rechnungslegungsgesetzes im Jahre 1992 war 1993 ein Jahr der Konsolidierung und Reformen in kleinen Schritten. Im Zusammenhang mit der Betriebsberatung waren umfangreiche Auskünfte zu erteilen und Ausarbeitungen zu erstellen. Der Preisbehörde wurde die Nachkalkulation für das Wirtschaftsjahr 1992 und die Vorkalkulation für 1993 vorgelegt. Das Jahresende war geprägt von einer großen Zahl an Gesetzen, besonders auf dem Gebiet des Steuer- und Wirtschaftsrechts, der Erfassung der Auswirkung dieser Gesetze und den erforderlichen Adaptierungen im kaufmännischen Bereich. Von der Betriebswirtschaftlichen Abteilung wurden neben der Erstellung des monatlichen, halbjährlichen und jährlichen Betriebsabrechnungsbogens umfangreiche, mit Grafiken ergänzte Ausarbeitungen zum Zweck einer transparenten Kostenüberwachung hergestellt. Wachsendes Kostenbewußtsein führte zu einer Reihe von Kostenanalysen sowie der Bereitstellung von Unterlagen zur Einhaltung der Wirtschaftsplanvorgaben. Ferner wurde umfangreiches statistisches Zahlenmaterial für Meldungen an übergeordnete Stellen in- und außerhalb der Wiener Stadtwerke verarbeitet. Durch die Inbetriebnahme des Speichers Schönkirchen/Reyersdorf „C“ erhöhte sich für die Wiener Stadtwerke die tägliche Entnahmeleistung um 1.188.000 m³ NZ auf 9.848.000 m³ NZ und die Notversorgungsleistung um 60.000 m³ NZ/h auf 464.000 m³ NZ/h. Die Situation auf der Gasbezugsseite hat sich auf Grund der internationalen Ölpreisentwicklung weiterhin entspannt, die Bezugspreise haben leicht nachgegeben. Die Auswirkung der Ölpreisänderungen wurden laufend beobachtet und Bezugspreise, Einstandskosten, Liquidität, Erfolgsentwicklung usw. den neuen Gegebenheiten gemäß errechnet. Trotz der günstigen Preisentwicklung auf dem Energiesektor war eine Tarifsenkung nicht möglich, weil die übrigen Kosten – der allgemeinen Preisentwicklung entsprechend – angestiegen sind und die Einsparungen überkompensiert haben. Die unterjährigen wie auch langfristigen Erdgasbezugs-, Einsatz- und Absatzprognosen wurden laufend adaptiert, um den Bedarf an außervertraglichen Gasmengen oder Speicherkapazitäten stets erkennen und steuernd eingreifen zu können.

1993 wurden 3.762 Zuleitungen neu hergestellt und 1.179 instand gesetzt und erneuert. Vom Gashauptrohrnetz wurden 254 nicht mehr benützte Zuleitungen getrennt. Anlässlich der Herstellung von neuen Straßendecken und bei Hauptrohrverlegungen untersuchte man 2.675 Zuleitungen. Der Stand an Zuleitungen betrug am 31. Dezember 1993 111.850.

Die Zahl der Gaszähler hat sich im Jahre 1993 durch 9.322 Neuaufstellungen und 9.693 Wegnahmen um insgesamt 371 verringert. 724.341 Gaszähler mit 5.877.645 m³/h maximaler Durchflußmenge standen Ende 1993 in Benützung; davon waren 686.681 oder 94,80 Prozent Wohnungsgaszähler. 206 Münzgaszähler wurden abmontiert. Am Jahresende standen in Waschküchen 4.078 Münzgaszähler, davon 3.490 in Gemeindebauten und 588 in Privatbauten. Eigene Werkstätten untersuchten 72.396 Gaszähler; davon wurden wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung 3 durch eine Generalreparatur instand gesetzt, 20.678 justiert und 20.607 der amtlichen Eichung zugeführt. Außerdem erfolgten noch an weiteren 1.299 Gaszählern kleinere Reparaturen. Bei verschiedenen Gaszähler-Erzeugerfirmen wurden auf Kosten von WIENGAS 32 Zähler repariert sowie 284 kostenlos instand gesetzt, da

die Garantiefrist noch nicht abgelaufen war. Durch den Einbau von 27.216 Gaszählerfiltern ergab sich ein weiterer Rückgang der Störungsanfälligkeit durch Staubeinwirkung bei den Gasgeräten. An 41.492 von zuständigen Fachfirmen verlegten Leitungsanlagen wurden von WIENGAS Dichtheitsprüfungen durchgeführt, wobei sich in 507 Fällen Beanstandungen ergaben.

Im Jahre 1993 ergaben sich im Gebrechensbehebungsdienst 66.606 Arbeitsfälle, wovon 11.400 auf Störungen und Gebrechen, 251 auf Zuleitungsarbeiten, 54.955 auf Ein- und Abschaltungen sowie Anlagenuntersuchungen entfielen. Von den Störungen und Gebrechen kamen unter anderem 975 auf Gasgeräte, 1.042 auf Gaszähler und deren Verbindungen und 1.460 auf Zu-, Verteil- oder Innenleitungen. Der Hausdienst wurde unter anderem zu 57.013 Zählerstandsablesungen, 25.219 Zählerüberprüfungen nach Reklamationen sowie zu 72.421 Ausstellungen von Benützungsbewilligungen herangezogen. Außerdem nahm der Hausdienst 35.158 Funktionsüberprüfungen in Haushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben vor.

Ende 1993 verwendeten 21.936 Gewerbe- und Industriebetriebe Gas. Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 29.795 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung von Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach erfolgte eine neuerliche Überprüfung der Geräte.

Die Entwicklung im Bereich der Sonderabnehmer zeigte 1993 einen weiterhin positiven Trend.

Der Zuwachsschwerpunkt lag dabei wieder bei den Blockheizwerken, und zwar mit 28 Anlagen für Betriebe und öffentliche Institutionen und 11 Anlagen für Wohnbauten. Auch mit einer Reihe von Industriebetrieben konnten wieder Gaslieferverträge abgeschlossen werden. Als Sonderabnehmer wurden 101 Industrieanlagen, 61 Gärtnereien, 858 Blockheizanlagen und 4 Spitzenheizwerke betreut. Es erfolgten 3.824 Erhebungen und 5.862 Geräteüberprüfungen sowie 80 Erhebungen für Heizgasanträge über 500 kW Nennwärmebelastung. 421 Anlagen mit Gebläsebrennern wurden am Aufstellungsort überprüft. 87 Abgassammler und 78 Einzelkamine mit insgesamt 647 Geräteanschlüssen wurden überprüft und dabei unter anderem 133 schadhafte Geräte und 81 Mängel an Abgasklappen festgestellt.

Wegen Zugstörungen mußten 59 Abgassammler und Einzelkamine saniert und 63 Fangaufsätze aufgestellt werden. Dazu wurden 11 Beistellfänge errichtet.

1993 wurden 18.619 Heizgasanträge mit einer Nennbelastung unter 500 kW erledigt. Davon wurden alle mit einer Gesamtnennbelastung von 477.636,76 kW genehmigt. Eine Nennbelastung über 500 kW lag bei 46 Anträgen vor. Davon wurden ebenso alle mit einer Gesamtnennbelastung von 46.938,30 kW genehmigt.

Im Beratungszentrum Mariahilf wurden 9.706 Kundenberatungen mit dem Schwerpunkt Geräteinformation durchgeführt und 7.086 telefonische Anfragen von Interessenten registriert. Weiters wurden 88.800 Beratungen in erweitertem Sinn vor Ort durchgeführt. Die Beratungstätigkeit im Kundendienstzentrum von WIENSTROM und WIENGAS in der Spitalgasse war dagegen mehr auf versorgungstechnische Aspekte ausgerichtet. Im Zusammenhang mit Siedlungsaufschließungen konnten bei insgesamt 8 Veranstaltungen 1.485 Besucher kontaktiert werden. Darüber hinaus konnten im Rahmen einer allgemeinen Energieberatung 9.532 Kundenfragen beantwortet werden. Wie bereits im Jahr 1992 verzeichnete auch das Jahr 1993 als Schwerpunkt die Aufschließung von Siedlungsgebieten im 22. und 23. Bezirk sowie in der Gemeinde Breitenfurt-West. Die von der Energieberatung ins Leben gerufene Aktion „Heizungstest“ (Abgasmessung und Wirkungsgradermittlung an diversen Heizanlagen) wurde erstmals ausschließlich von WIENGAS durchgeführt. 1993 wurden von WIENGAS insgesamt 442 Abgasmessungen mit Bestimmung des feuerungstechnischen Wirkungsgrades an den Heizgeräten der Kunden durchgeführt.

Das Referat Marketing & Werbung hat 9 Werbeeinschaltungen bzw. PR-Artikel verfaßt, die in 11 verschiedenen Printmedien zur Aussendung gelangten. Weiters wurden 15 Artikel mit Fotos für die Stadtwerke-Kundenzeitschrift „24 Stunden für Wien“ hergestellt. In Zusammenarbeit mit einer Video-Firma wurden gasspezifische und unternehmensrelevante Beiträge produziert, die vom ORF-Fernsehen in den Informationssendungen ausgestrahlt wurden. Um die Kontakte zwischen WIENGAS und den Installateuren zu intensivieren, wurde die Zeitschrift „MaGASin“ herausgegeben. Diese Zeitschrift wird vierteljährlich zur Aussendung gelangen, in einem Umfang von 4–8 Seiten. Die erste Ausgabe ist im September 1993 erschienen. Im Zuge der Kleinwasserheizer-Tauschaktion konnten bis Jahresende 1993 2.320 Kleinwasserheizer (5/l-Apparat) ausgetauscht werden. Der von WIENGAS eingebrachte Beitrag war die Verständigung von 90.000 Kunden und die Einschaltung in diversen Printmedien. Die erfolgreiche Aktion wurde bis 31. März 1994 verlängert.

Die „Behördlich autorisierte Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke – WIENGAS“ prüfte 242 Gasgeräte und Armaturen. Weiters wurden im Versorgungsgebiet 20 Geräte mit abgelaufener Prüfmarke und 114 Anlagen zur Erteilung von Einzelgenehmigungen überprüft sowie zahlreiche andere Prüfungen, Kontrollen, Versuche, Heizwertbestimmungen und Arbeiten verschiedenster Art vorgenommen. Im Jahr 1993 wurden 1.724,9 t an nicht überwachungspflichtigen Sonderabfällen nach ÖNORM S 2100 entsorgt. An diversen überwachungspflichtigen Sonderabfällen nach ÖNORM S 2101 ergaben sich 32,5 t. Von der Geschäftsgruppe III wurden 300.675 t an Eisenschrott, Asphaltaufruch und mineralischem Bauschutt aufgezeichnet. Davon wurden 4.192 t wieder eingebaut, 69.549 t der Recyclinganlage zugeführt, 226.180 t sachgemäß deponiert und 754 t an Eisenschrott verkauft.

1993 ereigneten sich insgesamt 38 Gas- und Abgasvergiftungen sowie Zündschläge.

VERKEHRSBETRIEBE

Die Fahrgastfrequenz ist im Jahr 1993 im Gesamtbetrieb (einschließlich Mietwagen) gegenüber dem Vorjahr um rund 4,5 Prozent auf 655,1 Millionen Beförderungsfälle gestiegen. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf die ganzjährigen Auswirkungen der Jahresnetzkarte für Senioren und der Lehrlingsfreifahrt zurückzuführen. Im Schienenbetrieb ist die Beförderungsfrequenz um 4,9 Prozent auf 531,2 Millionen Beförderungsfälle gestiegen, im Autobusbetrieb um 2,9 Prozent auf 123,9 Millionen Beförderungsfälle. Die Wagennutzkilometer im Gesamtbetrieb sind gegenüber 1992 um 138.865 km (+ 0,1 %) auf 97.422.683 km gestiegen, im Schienenbetrieb um 395.227 km (- 0,6 %) auf 69.224.193 km gesunken und im Autobusbetrieb um 534.092 km (+ 1,9 %) auf 28.198.490 km gestiegen. Die Platzkilometerleistung im Gesamtbetrieb ist um 157.820.138 km (+ 1,3 %) auf 11.884.770.024 km gestiegen, im Schienenbetrieb um 130.334.404 km (+ 1,4 %) auf 9.685.017.025 km und im Autobusbetrieb um 27.485.734 km (+ 1,3 %) auf 2.199.752.999 km gestiegen. Die Steigerung bei den Nutz- und Platzkilometern gegenüber dem Vorjahr ist im wesentlichen auf geänderte Linienführungen, Linienverstärkungen, Intervallverdichtungen und auf die Führung von Sonderlinien zurückzuführen.

Die größte Fahrleistung erzielten die Verkehrsbetriebe auf der Straßenbahn am Dienstag, den 2. Februar, mit 148.540 Wagennutzkilometern, auf der Linie U6 am Donnerstag, den 9. Dezember, mit 22.348 Wagennutzkilometern, auf der U-Bahn am Freitag, den 17. September, mit 59.294 Wagennutzkilometern und im Autobusbetrieb am Freitag, den 10. Dezember, mit 74.340 Wagennutzkilometern. Im Lastenverkehr wurden für das Unternehmen und private Baufirmen 5.866 Fahrten geleistet.

Ab 18. Mai wurde die Haltestelle Westbahnhof/Schnellbahn/U-Bahn der Straßenbahnlinien 52 und 58 in Fahrtrichtung stadtauswärts definitiv zur Äußeren Mariahilfer Straße zum Europaplatz verlegt. Vom 30. bis 31. Mai wurde wegen Bauarbeiten an der Linie U6 für die Straßenbahnlinie 64 zwischen Meidling/Schnellbahn und Siebenhirten ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet, der von der Firma Dr. Richard im Auftrag der Wiener Verkehrsbetriebe geführt wurde. Vom 1. Juni bis 27. August mußte auf Grund von Gleisbauarbeiten für die Linie U6 die Strecke der Straßenbahnlinie 64 zwischen Rößlergasse und Siebenhirten gesperrt werden. Die Straßenbahnlinie 64 wurde im Bereich zwischen Meidling/Schnellbahn und Schleife Rößlergasse kurzgeführt und im Abschnitt Rößlergasse bis Siebenhirten ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen betrieben. Wegen Umbauarbeiten am Europaplatz im Zeitraum vom 6. bis 18. Juni mußte der Streckenabschnitt der Straßenbahnlinien 6, 9 und 18 zwischen Innerem Mariahilfer Gürtel und Urban-Loritz-Platz gesperrt werden. Die betroffenen Linien wurden abgelenkt bzw. kurzgeführt. Seit 19. Juni befahren diese Straßenbahnlinien die neu errichtete Gleisanlage am Äußeren Mariahilfer Gürtel, Europaplatz, im Bereich zwischen Millergasse und Felberstraße. Seit 23. August ist die neue Gleisschleife der Straßenbahnlinie 5 über Kaiserstraße – Stollgasse – Innerer Neubaugürtel – Mariahilfer Straße – Kaiserstraße in Betrieb. Vor dem U-Bahn-Aufnahmegebäude am Inneren Neubaugürtel wurde eine Doppelhaltestelle (End- und Anfangstelle) errichtet. Seit 3. September wird von der Straßenbahnlinie 64 die neue Gleistrasse zwischen den Haltestellen „Alt Erlaa“ und „Wallackgasse“ befahren. Die Haltestelle „Rößlergasse“ ist provisorisch stadteinwärts der Rößlergasse errichtet, die Haltestellen „Erlaaer Straße“ und „Perfektastraße“ sind bereits am künftigen U-Bahn-Bahnsteig situiert. Mit 4. September wurden anlässlich der Verlängerung der Linie U3 zum Westbahnhof folgende Maßnahmen getroffen: Die Straßenbahnlinien 9, 52 und 58 werden zur neuen End- und Anfangstelle Westbahnhof geführt. Die Straßenbahnlinie 5 wird bis Betriebsschluß zum Westbahnhof geführt. Die Betriebszeiten der Straßenbahnlinien 6, 18, 44, 46, 49 und 58 werden um bis zu 30 Minuten verlängert. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Oberen Augartenstraße wurden die Gleisanlagen zwischen Rembrandtstraße und Gaußplatz umgebaut. Die Gleisanlagen der Straßenbahnlinie 43 in der Hernalser Hauptstraße bei der Julius-Meinl-Gasse konnten zum Aufnahmegebäude der Vorortelinie verlegt werden. Im Zuge der Oberflächenneugestaltung des Europaplatzes und der angrenzenden Gebiete wurden die Gleisanlagen für die Straßenbahnlinien 5, 6, 9, 18, 52 und 58 neu gestaltet.

Ab 7. Jänner wurde im Autobus- und Kraftwagenbetrieb die Autobuslinie 90A im Mischbetrieb von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe und der Firma Dr. Richard betrieben, ab 28. März zur Gänze von der Firma Dr. Richard. Die Autobuslinie 32A wird seit 1. April von der Garage Vorgarten im Eigenbetrieb geführt und seit 6. September bis Strebersdorf/Schnellbahn verlängert. Seit 7. Juli wird die Autobuslinie 48A in Fahrtrichtung Dr.-Karl-Renner-Ring ab Burggasse/Breite Gasse über den Gleiskörper der Straßenbahnlinie 49 geführt. Im Bahnhof Gürtel wurde mit dem Einbau einer beheizbaren Wagenwaschhalle in die Halle 3 und mit dem Neubau des Gebäudes der Strecke 9 begonnen. Weiters erfolgte die Sanierung der Stahlbetonschienenböcke sowie der Hallentore. Die Arbeiten für den Einbau einer Räderschleifanlage, einer Wagenwaschhalle und einer Revisionshalle mit den dazugehörigen Mannschaftsräumen und Werkstätten im Bahnhof Hernals wurden abgeschlossen. Im Expedit Reumannplatz wurden die baulichen Voraussetzungen für die Installation eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems geschaffen. Das Expedit der Linien 10A und 39A wurde auf Grund einer Erhöhung des Fahrpersonals um einen Mannschaftsraum erweitert. Im Verkehrsbauwerk Karlsplatz erfolgte die Errichtung einer neuen Polizeistation. In der Zentralwerkstätte Simmering wurde mit dem Bau der Maschinenhalle für die CNC-Unterflurdrehmaschine begonnen. Weiters erfolgten die Errichtung eines Containerabstellplatzes und die Erweiterung der Batterieladestation. In der Autobushalle wurde bei 5 Kraftfahrzeugprüfständen eine Abgasabsauganlage errichtet.

Im Bereich Volkstheater bis Westbahnhof wurden für die U3 die Niederspannungshauptverteilungs-, Traktionsstromschalt- und Notstromanlagen fertiggestellt und überprüft. Weiters konnten die Automatisierungsanlagen der Stationen hergestellt sowie die Übertragung der Befehle und Meldungen in die Fernüberwachungsanlagen der Zentralen Leitstelle Karlsplatz ermöglicht werden. Die neuen Stationen der Linie U3 wurden mit der Betriebsausrüstung (U-Bahn und SOS-Würfel, Abfertigungsspiegeln, Schließanlagen und Feuerlöscheinrichtungen) ausgestattet. Vor der Eröffnung des U3-Teilstückes Volkstheater bis Westbahnhof wurden in den neuen Stationen die in der Betriebsbewilligungsverhandlung geforderten Nebelversuche zum Nachweis der Wirkung der Brandrauchabsauganlage durchgeführt. Am 4. September 1993 wurde das neue Teilstück zwischen Volkstheater und Westbahnhof eröffnet. Im Bauabschnitt Johnstraße wurden die Gleisbauarbeiten abgeschlossen.

Im Bereich der zukünftigen Endstelle Siebenhirten der U6 wurde im Juni 1993 mit den Rohbauarbeiten begonnen. Diese konnten bis zum Jahresende 1993 weitgehend abgeschlossen werden. Beim Streckenabschnitt Erlaaer Straße bis Perfektastraße und der beiden Stationen wurde die Straßenbahnlinie 64 am 29. Mai 1993 eingestellt. Nach einer Betriebspause, in der die verschiedenen Dammschüttungsarbeiten, Gleishebungen, Fahrleitungsarbeiten und diverse Tragwerksergänzungen sowie die Stationsausbauten durchgeführt wurden, konnte der Betrieb der Straßenbahnlinie 64 am 3. September 1993 bereits auf der zukünftigen U-Bahntrasse wieder aufgenommen werden. Im Zuge dieser Betriebsaufnahme wurden neben den beiden Stationsgebäuden auch die Streckentragwerke der Erlaaer Straße über die Carlberggasse und die Perfektastraße in Betrieb genommen. Im Bereich der Abstellanlage Rößlergasse konnten die Abstellhalle, die Revisionshalle, das Stellwerk und das Betriebsgebäude weitgehend fertiggestellt werden. Es sind nur mehr geringe Restarbeiten erforderlich.

Weiters wurden in der Abstellanlage Rößlergasse und in den einzelnen Stationen die Kabelböden fertiggestellt. Im Stellwerk und in der Abstellanlage Rößlergasse wurden die Niederspannungsanlagen sowie die Heizungs-, Lüftungs- und Sanitäranlagen fertiggestellt. Gleichzeitig mit der Inbetriebnahme des neuen Streckenabschnittes Erlaaer Straße – Perfektastraße wurde im Bereich der Abstellanlage das Gleisprovisorium Rößlergasse am 3. September in Betrieb genommen. Die bisherige Umkehrschleife Rößlergasse wurde am 28. August 1993 außer Betrieb genommen und sofort abgetragen. Die Rohbauarbeiten bei der Station Alt Erlaa wurden Ende Oktober abgeschlossen. Am 30. November 1993 wurden die Rohbauarbeiten im Bereich der Station Am Schöpfwerk abgeschlossen. Im Bereich der Station Tscherttegasse wurden ebenfalls die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Der Bereich des Pottendorfer Einschnittes einschließlich der Querungen der Donauländebahn wurde sowohl rohbaumäßig als auch gleisbaumäßig fertiggestellt. Auf Grund dessen ist es möglich, Überstellungsfahrten von Zügen zur Abstellanlage Rößlergasse durchzuführen.

Die Rohbauarbeiten für die Verlängerung nach Floridsdorf im Bauabschnitt Spittelau wurden bis auf geringfügige Restarbeiten abgeschlossen. Wegen der erforderlichen Aufrechterhaltung des Betriebes der Linie U4 waren gleichzeitig auch umfangreiche Gleisbauarbeiten erforderlich. Mit der Durchführung von Maurer-, Unterbeton- und Estricharbeiten sowie diversen Installationsarbeiten (Sanitär- und Elektroinstallationen) wurde begonnen. Die Rohbauarbeiten am Streckentragwerk für die Linie U6 konnten abgeschlossen werden. Mit dem Rohbau für einen Bahnsteig für die Franz-Josefs-Bahn bzw. für die Schnellbahnlinie S 40 im Bereich Spittelau wurde begonnen. Es konnten die Bahnsteigkanten entlang des Gleises der Österreichischen Bundesbahn sowie die Fundierung für die drei Stiegenanlagen des Bahnsteiges hergestellt werden. Im Herbst wurde in den Bauabschnitten Jägerstraße bis Floridsdorf mit dem Gleisbau begonnen. Im Bahnhof Michelbeuern wurde mit der Errichtung einer Wagenwaschhalle begonnen.

Es wurden auch Maßnahmen zur Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs durchgeführt:

Linie 9

Durch die Gehsteigvorziehungen in den Eckbereichen Schöffelgasse/Herbeckstraße, Herbeckstraße/Saliergasse und Wallrißstraße/Schöffelgasse kommt es zu keinen Behinderungen mehr durch verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge.

Linie 31

Um weitere Verbesserungsmaßnahmen in der Brünner Straße zwischen Schloßhofer Straße und Angerer Straße zu erzielen und den Individualverkehr vom Gleiskörper abzurängen, wurde dieser abmarkiert. Außerdem wurden die Verkehrslichtsignalanlagen Floridsdorfer Hauptstraße/Jedleseer Straße, Floridsdorfer Hauptstraße/Am Hubertusdamm und Brünner Straße an den öffentlichen Verkehr angepaßt. Dies hat auch auf die Linien 31/5 und 32 positive Auswirkungen.

Linie 71

Um die großen Behinderungen am Rennweg zwischen Ungargasse und Oberzellergasse zu reduzieren, wurden in diesem Bereich die Gleise abmarkiert und bei der Boerhaavegasse/Rennweg eine Schwelle errichtet. Für einen sicheren Fahrgastwechsel wurden bei der Kleistgasse sowie bei der Oberzellergasse in beiden Fahrtrichtungen Haltestelleninsel errichtet. Außerdem wurde die Verkehrslichtsignalanlage Rennweg/Kleistgasse an die Kriterien des öffentlichen Verkehrs angepaßt.

Linie 59A

Durch die Gehsteigvorziehung im Eckbereich Kärntner Straße/Operngasse kommt es zu keinen Behinderungen mehr durch verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge.

Linie 66A

Mit den nachstehenden, bereits abgeschlossenen Maßnahmen konnte der größte Teil des Bevorrangungsprogrammes erledigt werden:

- Temporäre Busspur in der Laxenburger Straße von Dieselgasse bis zum Haltestellenbereich Troststraße
- Busspur in der Purkytgasse von Kinskygasse bis zu Sobotagasse
- Haltestellenkaps Leibnizgasse/Troststraße und Erlaaer Straße/Josef-Österreicher-Gasse und Rudolf-Waisenhorn-Gasse/Rudolf-Zeller-Gasse
- Gehsteigvorziehungen im Eckbereich Leibnizgasse/Buchengasse und Kinskygasse/Anton-Baumgartner-Straße – Ausfahrtskeile bei den Haltestellen Troststraße/Leibnizgasse, Anton-Baumgartner-Straße/Wohnpark Alt Erlaa und Laxenburger Straße/Troststraße

Im Jahr 1993 wurden folgende Busspuren errichtet:

Linie 13A

- Piaristengasse von Zeltgasse bis Josefstädter Straße
- Rainergasse von Johann-Strauß-Gasse bis zur Haltestelle Rainergasse
- Straußengasse von ONr. 18 bis Magaretenstraße
- Lambrechtgasse von Leidenfrostgasse bis zur Haltestelle Klagbaumgasse, Johann-Strauß-Gasse
- Lederergasse von ONr. 33 bis zur Haltestelle Laudongasse und von ONr. 5 bis zur Haltestelle Lederergasse, Josefstädter Straße
- Favoritenstraße von Rainergasse bis Kolschitzkygasse
- Pilgramgasse von Schönbrunner Straße bis zur Doppelhaltestelle Pilgramgasse, U-Bahn
- Südtiroler Platz im Zuge Favoritenstraße von Schelleingasse bis zur Einmündung Wiedner Gürtel nach der Unterführung Südtiroler Platz
- Rainergasse von Graf-Starhemberg-Gasse bis zur Haltestelle Belvederegasse

Linie 57A

- Babenbergerstraße von Burgring (Höhe Nebenfahrbahn) bis in Höhe Elisabethstraße

Linie 48A

- Gablenzgasse zwischen Possingergasse und Stutterheimstraße

Linien 10A und 11A

- Vorgartenstraße von Ybbsstraße bis Lassallestraße und von Ofnergasse bis Lassallestraße

Linie 77A

- Rennweg von Oberzellergasse bis Boerhaavegasse am Gleis körper

Der Wagenpark des Schienenbetriebes umfaßte zu Jahresbeginn 1993 einen Gesamtstand von 1.371 Personenfahrzeugen. Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit bzw. Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden 4 Triebwagen sowie 10 Beiwagen der Typenreihe C ausgeschieden. Diesem Abgang standen die Anschaffung von 21 Triebwagen der Type T und 15 U-Bahndoppeltriebwagen der Type U11 gegenüber.

Zu Jahresende umfaßte der Wagenpark demnach 1.393 Personenfahrzeuge, und zwar 605 Straßenbahn-Triebwagen, 451 Straßenbahn-Beiwagen, 23 U6 Niederflurtriebwagen Type T, 48 U6-Triebwagen Type E6, 46 U6-Beiwagen Type C6 und 220 U-Bahn-Doppeltriebwagen. Beim Straßenbahnbetrieb betrug der Stand an sechsachsigen Gelenktriebwagen per 31. Dezember 1993 547 Wagen; das sind 90,4 Prozent aller Straßenbahn-Personentriebwagen. Der Gesamtstand an Autobussen umfaßte zu Jahresbeginn 516 Fahrzeuge und setzte sich wie folgt zusammen: 318 Normalbusse, 171 Gelenkbusse, 23 Citybusse, 2 Niederflurmidibusse und 2 Niederflurnormalbusse. Wegen Überalterung bzw. Fahruntauglichkeit wurden 27 Normalbusse, 3 Gelenkbusse sowie 1 Citybus ausgeschieden. 19 Niederflurmidibusse wurden in Betrieb genommen.

Das neue Fahrgastinformationssystem für die U-Bahn-Linien U3 und U6 mit Flüssigkristall-(LCD)-Anzeigen in den Zugziel- und Betriebshinweisanzeigen mit der Möglichkeit der freien Texteingabe von der Zentralen Leitstelle Karlsplatz aus wurde in Betrieb genommen und für die Stationen der Linien U1 und U4 nachgerüstet. In der Leitstelle Karlsplatz wurde eine rechnergesteuerte, zentrale Brandmeldeüberwachung installiert. Die Umrüstung auf neue Mobilfunkgeräte mit Mikroprozessorsteuerung, vorbereitet für Datenfunk, wurde weitergeführt. Für die U3 und U6 wurde ein neues Funksystem, das auch im Katastrophenfall eine sichere Funkverbindung im Tunnel ermöglicht, insbesondere auch für die Einsatzdienste (Polizei, Feuerwehr und betriebseigene Einsatzdienste), in Betrieb genommen. Die Umrüstung der bestehenden Anlagen im U-Bahngrundnetz ist in Arbeit, die U4 bereits im neuen System in Betrieb. In den Stationen der Linie U3 wurde zur Sicherheit der Stationswarte auf ihren Rundgängen ein Notfunksystem mit Auswertung in der Leitstelle Karlsplatz installiert. Mit der Ausrüstung des U-Bahngrundnetzes mit diesem System wurde in den großen Knotenstationen begonnen (Karlsplatz, Praterstern, Schwedenplatz, Schottenring). Ein

ISDN-Kommunikationsverbund für die neue Direktion Erdberg und sämtliche Bahnhöfe und Garagen der Verkehrsbetriebe wurde vergeben und wird, beginnend mit der Ausstattung der neuen Direktion, schrittweise in Betrieb genommen. Die Tonbandgeräte für die Haltestellenansage in den Fahrzeugen werden schrittweise durch digitale Haltestellenansagegeräte ersetzt. Die Errichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems für den Oberflächenverkehr (RBL) wurde am 29. Juli 1993 in der Generaldirektion in einer Projektbesprechung grundsätzlich beschlossen und daraufhin eine internationale Interessentensuche und die beschränkte Ausschreibung veranstaltet. Nach Begutachtung der vorliegenden Anlage soll 1994 eine Probeanlage am Reumannplatz errichtet werden.

Seit 5. Dezember 1993 erfolgt der betriebsmäßige Einsatz der neuen Niederflur-U-Bahnwagen der Type T auf der Linie U6. Vorerst erfolgte der Einsatz im artreinen Betrieb; derzeit erfolgt der Einsatz im Mischbetrieb, d. h. in der Zugkombination E6 – C6 – T – C6 – E6. Dadurch wird vor allem den älteren und behinderten Fahrgästen sowie Müttern mit Kinderwagen das Benutzen der U6 wesentlich erleichtert. An technischen Neuerungen dieser Wagentype sind die niedrige Fußbodenhöhe von 440 mm, die ein bequemes Ein- und Aussteigen ermöglicht, die hohe Beförderungsleistung von rund 4 x 200 Personen, der Einsatz modernster Technik (Drehstrommotoren mit Energierückspeisemöglichkeit, Verwendung von Bremsenergie zum Beheizen der Wagen, Einsatz von modernen „Bus-systemen“ zur Informationsübermittlung zur Vereinfachung der Verkabelung und Gewichtssenkung) zu erwähnen.

Im Jahr 1993 erfolgte die Bestellung von zwei Stück Prototypfahrzeugen der „Niederflurstraßenbahn“ beim Firmenkonsortium SGP-Elin-Siemens sowie ein Rahmenauftrag über 150 Serienfahrzeuge. Hierbei handelt es sich um eine komplette Neuentwicklung durch das genannte Firmenkonsortium in Zusammenarbeit mit den Wiener Verkehrsbetrieben, die vor allem durch die weltweit niedrigste Einstiegs- bzw. Fußbodenhöhe von etwa 17 cm (über Schienenoberkante) besticht. Um diese niedrige Fußbodenhöhe zu erreichen, mußte auf die bisher übliche Bauform mit Drehgestellen und durchgehenden Achsen verzichtet werden. In der neuen Niederflurstraßenbahn kommen daher sogenannte Portalfahrwerke zu Einsatz, bei denen der Antrieb im Gelenk integriert ist. Es werden vorerst zwei Prototypen mit einer Länge von rund 24 Metern (4 Fahrwerke) bzw. 36 Metern (6 Fahrwerke) gebaut. Ein Portalfahrwerk besteht aus zwei Einzelrädern, die mechanisch nicht mehr gekoppelt sind und jeweils über einen eigenen Antrieb verfügen. Letzterer besteht aus einem Getriebe und einem senkrecht stehenden, wassergekühlten Drehstrom-Asynchronmotor. Die Speisung der Antriebe erfolgt aus Redundanzgründen über zwei Umrichter in modernster Technik (Direktpulsumrichter mit schnellschaltenden, wassergekühlten Leistungstransistoren). Auch die übrige technische Ausrüstung entspricht dem neuesten Stand der Technik: Signal- und Datenübertragung mittels BUS-System, Schwenkschiebetüren mit E-Antrieb, klimatisierter Fahrerstand, verbesserte Fahrgastinformation. Dadurch sollen, außer optimal bequemen Ein- und Ausstiegen, tadellose Laufeigenschaften sowie möglichst geringe Verschleißwerte und Geräuschpegel erreicht werden. Im Jahr 1993 erfolgten die Detailkonstruktion und Detailplanung der E-Ausrüstung sowie umfangreiche Berechnungen zur Optimierung der Fahrzeuge (beispielsweise hinsichtlich einer Verringerung des Wagengewichtes). Außerdem wurde eine Vielzahl von Test- und Meßfahrten an dem vorhandenen Versuchsträger vorgenommen, die für die Auslegung der neuartigen Fahrzeugkomponenten unerlässlich sind. Die Lieferung und Inbetriebnahme der beiden Prototypfahrzeuge werden voraussichtlich im Frühjahr 1995 erfolgen.

Im Dezember 1993 wurde im Bereich kaufmännische Angelegenheiten an alle Inhaber von Jahreskarten eine „VIP-POST“ unter dem Titel „Das müssen wir Ihnen einfach sagen ...“ versandt. Sie beinhaltet die 5 folgenden Themenkreise: Der Rückblick 1993, die Vorschau 1994, der Ausblick, die Information und das Zusatzangebot. In der „Information“ wurde auf die bevorstehende Tarifierung mit 1. Jänner 1994 hingewiesen, wobei bedingt durch den Preisunterschied der Teil für die Inhaber der Seniorenjahreskarte entsprechend anders gestaltet wurde. Das „Zusatzangebot“ beinhaltet die Information über die Möglichkeit für Inhaber einer Jahreskarte bzw. Seniorenjahreskarte, eine bis zu 67prozentige Ermäßigung für die Benützung eines Mietwagens der Firma Europcar-Interrent am Wochenende in Anspruch nehmen zu können.

Im Jahr 1993 wurde eine Informationsoffensive zum Thema Tarif, insbesondere zum Schüler- und Lehrlingstarif, aber auch für Senioren und zum allgemeinen Tarif gestartet. An der nachfolgenden Auflistung kann man die gezielte Streuung der Informationen für die einzelnen Benutzergruppen erkennen: Es wurden ein Flugblatt für Lehrlinge, eine Lehrlingsbroschüre, ein Lehrlingsplakat, eine Schüler- und Hochschulbroschüre, ein Handzettel für Hochschüler (Benutzerinformationen vom 1.–31. März), eine Information im Studienhandbuch und diverse Presseaus-sendungen herausgegeben. Um die Einheitlichkeit der Broschüren darzustellen, wurde ein gemeinsamer Slogan festgelegt: „Gute Karten für“ Lehrlinge und Berufsschüler, Schüler und Hochschüler sowie Senioren und Pensionisten und für die allgemeine Tarifinformation „Ganz Wien hat gute Karten“. Alle Broschüren wurden in neuer Aufmachung (farbig) in Zusammenarbeit mit der Abteilung „Va“ (Abteilung Öffentlichkeitsarbeit) und einer Werbeagentur erstellt. Mit 1. September 1993 trat die Vereinbarung mit der Konzerthausgesellschaft und den Vereinigten Bühnen Wien in Kraft, wonach vom Besucher der Vorstellungen die Eintrittskarte auch (2 Stunden vor bis 6 Stunden nach Beginn der Veranstaltung) für die Benützung aller öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb Wiens – ausgenommen Nachtautobus – als Fahrschein genutzt werden kann.

Am 7. Jänner wurde die Linie 18A in die Linien 83A nach Erzherzog-Karl-Straße/Schnellbahn und 84A nach Aspern aufgespalten, ebenso die bis Grinzing geführten Fahrten der Linie 38A bis zur Wagenwiese verlängert. Ab 4. September wurde die Linie U3 bis Westbahnhof verlängert. Ab 6. September wurden die Linie 9A probeweise bis Westbahnhof/Schnellbahn/U-Bahn und die Linie 32A bis nach Strebersdorf/Schnellbahn verlängert. Ab 22. Novem-

ber wurde die Linie 77A in Richtung Lusthaus ab Landstraßer Hauptstraße wieder über die Apostelgasse geführt. Ab 29. November wurden auf der Linie 73A zusätzliche Industriekurse über Schemmerlstraße – Speditionsstraße – Gadnergasse geführt. Seit 27. Dezember wird die Linie 37A nur mehr zwischen Friedensbrücke/U-Bahn und Nordbergbrücke geführt.

Die Betriebsüberwachung hat 1993 mit Hilfe von 121 Kontrolloren, 142 Revisoren und 161 Fahrscheinprüfern insgesamt 481.543 Wagenkontrollen mit 237.060 meldepflichtigen Vorgängen durchgeführt. Es wurden hiebei 5.252.117 Fahrgäste kontrolliert, wobei in 115.141 Fällen erhöhte Entgelte und 19.828 Nachzahlungen eingehoben wurden. Obwohl die Zahl der kontrollierten Fahrgäste um 0,69 Prozent gegenüber dem Vorjahr sank, stieg die Anzahl der erhöhten Entgelte um 16,50 Prozent. Ab Mai wurden Intensivkontrollen (Bahnsteigkontrollen im U-Bahnbereich) neu eingeführt. Bei den durchgeführten ungefähr dreistündigen Kontrollen mußten durchschnittlich je 336 erhöhte Beförderungsentgelte ausgesprochen werden. Die von etwa je 15 Kontrollorganen durchgeführten Fahrausweisüberprüfungen erfolgten mit Polizeiunterstützung. Der betriebseigene Funkwagendienst hat sich im Einsatz bei Verkehrsunfällen, Störungen, Betriebsereignissen usw. besonders bewährt. Es wurden 7.708 Einsatzfahrten geleistet und dabei 273.476 km zurückgelegt.

In der Zentralwerkstätte wurden Reparaturen und Hauptuntersuchungen an 691 Triebwagen, 254 Beiwagen, an 1.575 Autobussen, an 955 sonstigen Kraftfahrzeugen und an 1.590 Drehgestellen durchgeführt. Die Verringerung des Fahrzeugausstoßes ist in erster Linie auf den Wegfall der im Jahre 1992 durchgeführten Programmarbeiten am Bussektor zurückzuführen. Bei den Drehgestellen wirkten sich die im Jahre 1992 durchgeführten Unterflur-Dreharbeiten positiv aus, so daß im Jahre 1993 weniger Drehgestelle schadanfällig wurden. Weitere 37 Gelenktriebwagen wurden mit automatischer Weichensteuerung (VETAG) und 22 Straßenbahntriebwagen der Type E1 mit Fahrscheinausgabeautomaten mit Restgeldrückgabe ausgerüstet. Bei 10 Straßenbahntriebwagen der Type E1 wurde die Fahrschaltersteuerung modernisiert. An 364 Drehgestellen wurde der Schallschutz verbessert. In Angleichung an die U-Bahn-Neubauwagen der Type U11 wurden an 27 U-Bahnwagen der alten Generation (Type U) die nachrichtentechnischen Einrichtungen und die Türsteuerung umgebaut (Notbremsüberbrückung im Tunnel, Fahrgastinformation von der Zentrale aus).

173 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, und zwar 126 für den Fahrdienst der Straßenbahn und 47 für den Fahrdienst der U-Bahn. Außerdem wurden 2.084 Mitarbeiter in diversen Schulungen als Stellwerkswärter und Stationswarte, für den Zentralfriedhofsverkehr, als Signalposten, für den Kontrolldienst usw. ausgebildet. 258 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, und zwar: 243 für den Autobuslenkerdienst (um 182 % mehr als 1992) und 15 für den Verschublenkerdienst. Weitere 2.016 Mitarbeiter wurden in diversen Sonderschulungen (Verschublenker, LKW-Lenker, B-Lenker, Unimog- und Traktor-Lenker, Anschlußbahnen, Rüstwagen, Gabelstapler usw.) ausgebildet. 9 Bedienstete wurden in einer Schaffnergrundschule ausgebildet. 875 Bedienstete wurden in Sonderschulungen (Kontrollschaffner, Netz- und Tarifikunde, VOR usw.) unterwiesen. In 4 Betriebsbeamtenlehrgängen wurden 50 Betriebsbeamte ausgebildet. Bei verschiedenen Seminaren wurden 310 Bedienstete in Eintagesseminaren und 172 Bedienstete in Mehrtagesseminaren kundendienstmäßig geschult. An 908 Kandidaten wurde ein psycho-technischer Eignungstest durchgeführt, wobei 587 Bewerber geeignet und 321 Bewerber nicht geeignet waren. Daraus resultiert eine Nichteignung von 35,4 Prozent. 75 Bewerber wurden einer Prüfung für den Höheren Dienst unterzogen, davon mußten 4 Kandidaten als nicht geeignet abgelehnt werden (5,3 %). 38 Signal- und Torposten wurden getestet, wovon 1 ungeeignet war.

Bis zum Jahresende ereigneten sich im Schienenbetrieb 4.624 (1992: 4.553) und im Autobusbetrieb 2.000 (1992: 1.762) Unfälle. An Haftpflichtentschädigungen und Renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden wurden insgesamt 7,5 Millionen Schilling gezahlt. Schadenersatzansprüche wurden in Höhe von 24,2 Millionen Schilling geltend gemacht.

BESTATTUNG

Der Bestattung wurden 1993 16.231 (1992: 17.411) Erd- und Feuerbestattungen übertragen, wobei der auf Kremationen entfallende Anteil 18,3 Prozent bzw. 2.962 Fälle betrug (1992: 17,6 % bzw. 3.065 Fälle). Außerdem wurde die Unternehmung im Jahre 1993 mit der Durchführung von 1.634 (1992: 1.790) Exhumierungen und Wiederbeerdigungen und mit 680 (1992: 680) Überführungen in das In- und Ausland beauftragt. Überführungen im Wege des Flugtransportes wurden in folgende Länder übernommen: Albanien, Bulgarien, Burundi, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, GUS, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Rest-Jugoslawien, Kanada, Kuwait, Libyen, Litauen, Philippinen, Rumänien, Schottland, Schweiz, Sri Lanka, Türkei und USA. Überführungen auf dem Landweg wurden nach Deutschland, in die Schweiz, nach Tschechien und nach Ungarn durchgeführt. Einschließlich verschiedener anderer Leistungen wurden der Städtischen Bestattung im Jahre 1993 insgesamt 23.553 (1992: 25.096) Aufträge erteilt. Davon hat die Unternehmung 640 (1992: 644) Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde durchgeführt, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufgekomen wären. Der Fuhrpark verzeichnete eine Fahrleistung von rund 809.300 km, das waren um 2.700 km mehr als im Vorjahr. Auf den einzelnen Auftrag entfielen etwa 34 km, wobei die tägliche Leistung von 3.211 km der Entfernung Wien – London – Wien entspricht.

Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 36.117 Särge (um 2.932 weniger als im Vorjahr) hergestellt. Ein Teil der Sargproduktion ist für den Verkauf an Bestatter in den Bundesländern bestimmt.

Das Unternehmen verfügte Ende 1993 über 18 Fourgons, 13 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie 17 sonstige Fahrzeuge für Wirtschafts-, Mannschafts-, Kurierfahrten usw.

Die nach Plänen von Architekt Dr. Riccabona umgestaltete Aufbahrungshalle im Friedhof Siebenhirten wurde am 16. Juli 1993 von Herrn Amtsführenden Stadtrat Hatzl feierlich wieder ihrer Bestimmung übergeben. Im Friedhof Heiligenstadt wurde im März 1993 mit den Instandsetzungs- bzw. Umbauarbeiten der Aufbahrungshalle begonnen. Diese ebenfalls nach Plänen von Architekt Dr. Riccabona umgestaltete Aufbahrungshalle wurde am 4. November 1993 von Herrn Amtsführenden Stadtrat Hatzl wieder ihrer Bestimmung übergeben. Im Friedhof Baumgarten wurde mit dem Umbau der Aufbahrungshalle begonnen, seit 6. Dezember 1993 werden die dort stattfindenden Trauerfeiern in zwei Aufbahrungsprovisorien abgehalten. Die umgebaute Aufbahrungshalle im Friedhof Baumgarten wird voraussichtlich im Herbst 1995 wieder ihrer Bestimmung übergeben werden können.

Zur Optimierung der Sargproduktion wurde mit den Vorarbeiten zur Einführung eines PPS-(Produktions-, Planungs-, Steuerungs-)Systems begonnen. Dadurch kann eine bessere Maschinenauslastung, eine Reduktion der Zwischenlager sowie eine Verkürzung der Durchlaufzeiten erreicht werden. 1993 erfolgte die Anschaffung der dafür benötigten Hardware.

In der Filiale 5, die im Magistratischen Bezirksamt für den 5. Bezirk untergebracht ist, wurden ab September 1993 Umgestaltungsarbeiten durchgeführt. Die umgestaltete Filiale wird voraussichtlich im April 1994 wieder bezogen werden können und wird sich wesentlich kundenfreundlicher präsentieren als bisher.

Erstmals in Österreich fand vom 14. bis 16. Mai 1993 im Veranstaltungszentrum St. Pölten eine Messe für religiöse Artikel und Bestattungsbedarf – die DEVOTA 93 – statt. Das Interesse war überraschend groß, mit fast 2.000 Fachbesuchern wurden die Erwartungen der Aussteller bei weitem übertroffen. Als größtes österreichisches Unternehmen der Branche war die Wiener Städtische Bestattung mit einem Messestand an dieser Veranstaltung vertreten. Es wurden neben einer auch heute noch gebräuchlichen dekorativen Aufbahrung besonderer Art eine Miniaturausgabe des Bestattungsmuseums sowie vor allem ausgewählte Särge aus dem eigenen Erzeugungsbetrieb dem Publikum vorgestellt.

1993 wurde das Unternehmen mit folgenden Bestattungsdurchführungen besonderer Art betraut (Anführung in zeitlicher Reihenfolge):

Elfi Mayerhofer, Operetten- und Filmstar; Mag. Dr. Rudolf Hartmann, Präsident des Obersten Gerichtshofes i.R.; Dr. Hellmuth Bock, Journalist; Judith Hellwig, Kammersängerin; Mag. Helmut Muzler, Präsidialchef der Bundespolizeidirektion Wien; Professor DDr. h.c. Hans Mayr, Präsident der Gesellschaft bildender Künstler Österreichs; Professor Dr. Josef Steindl, Wirtschaftsforscher; Paul Popp, Redakteur; Mag. Dr. Franz Sobalik, Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes i.R.; Hofrat Professor Dr. Friedrich Wolfram, Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat der Stadt Wien a.D; Ökonomierat Josef Jedletzberger, Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer; Professor Josef Greindl, Opernsänger; Professor Hugo Wiener, Komponist und Autor; Univ.-Professor Dr. Hermann Vettters, Archäologe; Dr. Eduard Demuth, Generaldirektor der Österreichischen Kreditversicherungs-AG., Ehrensator der Wirtschaftsuniversität Wien; Ryoji Onodera, Japanischer Botschafter; DDr. Reinhard Kamitz, Bundesminister für Finanzen a.D.; Dr. Kurt Ringhofer, Vizepräsident des Verfassungsgewichtshofes; Ing. Adolf Scharner, Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 4. Bezirkes; Professor Fred Liewehr, Kammerchauspieler; Albert Schultz, Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes; Dr. Fritz Bock, Vizekanzler a.D; Dorothea Zeeemann, Schriftstellerin.